

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 163

21 janvier 2016

SOMMAIRE

ASH Fitzrovia Holdco S.à r.l.	7811	Supreme Entertainment S.A.	7805
Atconsulting S.à r.l.	7824	SynerTrade S.A.	7803
Atterbury S.A.	7824	TI Expansion S.A.	7805
Avant S.à r.l.	7824	TMF Administrative Services S.A.	7806
Bluecalor	7824	TMF Corporate Services S.A.	7806
CitCor Wannsee I Sàrl	7818	TMF Secretarial Services S.A.	7807
First Real Estates Service S.à.r.l.	7824	Tomcar S.A.	7807
Julius Baer Multilabel	7778	Tooris Estates S.A.	7808
Lyreco Luxembourg	7803	TouchWind Hanseatic 6 S.à r.l.	7805
Multilabel Sicav	7778	Transmarking S.A.	7808
Rehab Europe Distribution S.à r.l.	7810	Triple Aart S.A.	7808
Roomsurfer S.A.	7810	TSS Holdings S.C.S.	7809
Rx Healthcare	7810	Utopolis Belval S.A.	7809
SL Lux S.A.	7804	Valspar (Luxembourg) Finance Corporation, S.à r.l.	7809
Speld II S.A.	7804		
Sun Bond S.A.	7805		

**Multilabel Sicav, Société d'Investissement à Capital Variable,
(anc. Julius Baer Multilabel).**

Siège social: L-1661 Luxembourg, 25, Grand-rue.
R.C.S. Luxembourg B 149.126.

Im Jahre zweitausendundfünfzehn, am fünfzehnten Dezember
vor dem unterzeichneten Notar Henri Hellinckx, mit dem Amtssitz in Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg).

Fand die außerordentliche Generalversammlung der Anteilseigner des JULIUS BAER MULTILABEL, einer Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital, welche ihren Geschäftssitz in 25, Grand-rue, L-1661 Luxembourg hat, (die „Gesellschaft“), gegründet in Luxemburg am 10. November 2009 durch Urkunde des Notars Henri HELLINCKX mit damaligem Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, welche im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations („Mémorial“) Nr. 2311 vom 26. November 2009 veröffentlicht wurde, statt.

Die Gesellschaft ist eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg, Sektion B unter der Nummer 149.126.

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre („außerordentliche Generalversammlung“) wird um 11.10 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Nils KRUSE, Privatangestellter, berufsansässig in Luxemburg, eröffnet.

Dieser ernennt zum Schriftführer Frau Petra Eßer-Dannhauer, Privatangestellte, berufsansässig in Luxemburg.

Die außerordentliche Generalversammlung ernennt Frau Sandy Thier, Privatangestellte, berufsansässig in Luxemburg, zur Stimmzählerin.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der außerordentlichen Generalversammlung fest, dass:

- am 11. November 2015, eine erste außerordentliche Aktionärsversammlung einberufen wurde, welche nicht über die Tagesordnung abstimmen konnte.

- für diese zweite außerordentliche Aktionärsversammlung welche über dieselbe Tagesordnung entscheiden wird, die Namensaktionäre gemäß den gesetzlichen Vorschriften frist- und formgerecht am 12. November 2015 schriftlich zur Teilnahme an der außerordentlichen Generalversammlung eingeladen worden sind;

- die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend am 12. November 2015 und am 28. November 2015 im „Wort“, im „Tageblatt“ sowie im „Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations“, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht wurde;

- im Ausland die Veröffentlichungen wie folgt erfolgten:

Schweiz: am 12. und 28. November 2015 auf www.fundinfo.com;

Italien: am 12. und 30. November 2015 auf www.jbfundnet.com.

Die Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung lautet wie folgt:

1) Umbenennung der Gesellschaft von JULIUS BAER MULTILABEL in MULTILABEL SICAV und entsprechende Anpassung von Art. 1 der Satzung der Gesellschaft.

2) Weitere Anpassungen der Satzung:

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen - Art. 11: Der erste Absatz wird unverändert als erster Absatz in Art. 12 - „Einladungen“ eingefügt.

Einladungen - Art. 12: Ergänzung des letzten Absatzes betreffend die speziellen Antragsrechte der Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, um folgenden Satz: „Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.“.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen - Art. 22: Mitteilungen an die Aktionäre im Zusammenhang mit der Liquidation oder der Verschmelzung von Subfonds sollen künftig grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form erfolgen.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen - Art. 23: Streichung der doppelt vorhandenen Bestimmung e).

Verkaufspreis und Rücknahmepreis - Art. 26: Es wird ein Absatz eingefügt, auf dessen Grundlage im Rechtsprospekt das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ vorgesehen werden kann.

Namensgebung der Gesellschaft - Art. 29: Aufgrund des Wegfallens des Namensbestandteils „Julius Baer“ (vgl. Tagesordnungspunkt 1) oben) wird dieser Artikel ersatzlos gestrichen. Dadurch verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Artikel, d.h. alt Art. 30 wird neu zu Art. 29 usw.

3) Ergänzung der Satzung durch die englische Übersetzung

Die außerordentliche Generalversammlung ist somit ordnungsgemäß einberufen und kann rechtsgültig über sämtliche Punkte der Tagesordnung beraten und beschließen.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der außerordentlichen Generalversammlung darüber hinaus fest, dass:

- die anwesenden und die vertretenen Aktionäre und deren Bevollmächtigte sowie die Anzahl ihrer Aktien in einer Anwesenheitsliste aufgeführt sind, die von den anwesenden Aktionären und den Bevollmächtigten der vertretenen Aktio-

nären sowie dem Schriftführer, der Stimmzählerin und dem Vorsitzenden unterzeichnet und diesem Protokoll beigelegt wird;

- sich aus der Anwesenheitsliste ergibt, dass 1.995 Aktien von insgesamt 8.315.324 ausgegebenen und sich im Umlauf befindlichen Aktien auf der außerordentlichen Generalversammlung anwesend oder vertreten sind.

Die Feststellungen des Vorsitzenden werden von der außerordentlichen Generalversammlung genehmigt.

Die außerordentliche Generalversammlung fasst mit einer Stimme pro und 1'994 Enthaltungen den folgenden Beschluss:

Erster Beschluss

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt die Umbenennung der Gesellschaft von JULIUS BAER MULTILABEL in MULTILABEL SICAV und entsprechende Anpassung von Art. 1 der Satzung der Gesellschaft.

Zweiter Beschluss

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt die weitere Anpassung der Satzung hinsichtlich:

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen - Art. 11: Der erste Absatz wird unverändert als erster Absatz in Art. 12 - „Einladungen“ eingefügt.

Einladungen - Art. 12: Ergänzung des letzten Absatzes betreffend die speziellen Antragsrechte der Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, um folgenden Satz: „Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.“.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen - Art. 22: Mitteilungen an die Aktionäre im Zusammenhang mit der Liquidation oder der Verschmelzung von Subfonds sollen künftig grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form erfolgen.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen - Art. 23: Streichung der doppelt vorhandenen Bestimmung e).

Verkaufspreis und Rücknahmepreis - Art. 26: Es wird ein Absatz eingefügt, auf dessen Grundlage im Rechtsprospekt das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ vorgesehen werden kann.

Namensgebung der Gesellschaft - Art. 29: Aufgrund des Wegfallens des Namensbestandteils „Julius Baer“ (vgl. Tagesordnungspunkt 1) oben) wird dieser Artikel ersatzlos gestrichen. Dadurch verschiebt sich die Numerierung der nachfolgenden Artikel, d.h. alt Art. 30 wird neu zu Art. 29 usw.

Dritter Beschluss

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt, der aktuellen Version der Satzung die entsprechende englische Übersetzung hinzuzufügen.

Die Satzung der Gesellschaft in deutscher und englischer Fassung hat fortan folgenden Wortlaut:

Die Gesellschaft

Art. 1. Unter dem Namen „MULTILABEL SICAV“ (die „Gesellschaft“) besteht eine „Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital“ (SICAV).

Dauer

Art. 2. Die Gesellschaft besteht für einen unbegrenzten Zeitraum. Sie kann jederzeit durch einen Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft aufgelöst werden, sofern der Beschluss in der Form gemäß Art. 30 dieser Satzung erfolgt.

Gegenstand

Art. 3. Der ausschließliche Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage in übertragbare Wertpapiere jeder Art und/oder in andere liquide Finanzanlagen im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (das „Gesetz von 2010“) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere, zum Zwecke der Risikostreuung und um den Aktionären das Ergebnis der Verwaltung des Anlagevermögens zukommen zu lassen. Die Gesellschaft kann jede Maßnahme treffen und alle Geschäfte durchführen, die sie als zur Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszwecks nützlich erachtet, in dem Umfang, wie es das Gesetz von 2010 erlaubt.

Geschäftssitz

Art. 4. Der Geschäftssitz der Gesellschaft besteht in der Stadt Luxemburg, im Großherzogtum Luxemburg. Zweigniederlassungen oder andere Repräsentanten können entweder in Luxemburg oder im Ausland durch Beschluss des Verwaltungsrates der Gesellschaft (der „Verwaltungsrat“) errichtet werden.

Falls der Verwaltungsrat entscheidet, dass Ereignisse höherer Gewalt geschehen sind oder unmittelbar bevorstehen, welche die normalen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft an ihrem Geschäftssitz oder den laufenden Kontakt mit Personen im Ausland beeinträchtigen könnten, so kann der Geschäftssitz vorübergehend ins Ausland verlegt werden, bis diese außerordentlichen Umstände beendet sind. Derartige vorübergehende Maßnahmen haben keine Auswirkung auf die Nationalität der Gesellschaft, die eine Luxemburger Gesellschaft bleibt.

Gesellschaftskapital - Aktien

Art. 5. Das Gesellschaftskapital ist durch Anteile ohne Nennwert („Anteile“) dargestellt, die zusammen jederzeit dem Inventarwert der Gesellschaft entsprechen.

Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht in Schweizer Franken dem Gegenwert von einer Million zweihundertfünfzigtausend (1.250.000,-) Euro. Sofern ein oder mehrere Subfonds (wie unten definiert) in Anteile anderer Subfonds der Gesellschaft investiert sind, ist der Wert der relevanten Anteile zum Zweck der Überprüfung des gesetzlichen Mindestkapitals nicht mit zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat ist ohne Einschränkung berechtigt, jederzeit Anteile zum Ausgabepreis pro Anteil gemäß Artikel 26 dieser Satzung auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären der Gesellschaft ein Anrecht auf die neuen Anteile zu gewähren. Der Verwaltungsrat kann jedem seiner Mitglieder oder einem Geschäftsführer der Gesellschaft oder jeder rechtmäßig ermächtigten Person die Befugnis übertragen, Zeichnungen anzunehmen und Zahlungen für solche neuen Anteile entgegenzunehmen und diese auszuhändigen.

Solche Anteile können gemäß Beschluss des Verwaltungsrates verschiedenen Anlagevermögen („Subfonds“) angehören und ebenfalls nach Beschluss des Verwaltungsrates in unterschiedlichen Währungen notiert sein. Der Verwaltungsrat kann außerdem bestimmen, dass innerhalb eines Subfonds zwei oder mehrere Kategorien von Anteilen („Anteilkategorie“) mit unterschiedlichen Merkmalen ausgegeben werden, wie z.B. eine spezifische Ausschüttungs- oder Thesaurierungspolitik, eine spezifische Gebührenstruktur oder andere spezifische Merkmale wie jeweils vom Verwaltungsrat bestimmt und im Rechtsprospekt („Rechtsprospekt“ bzw. „Prospekt“) der Gesellschaft beschrieben.

Der Erlös der Ausgabe jedes Subfonds wird gemäß Artikel 3 dieser Satzung in Wertpapiere (Wertrechte etc.; in der Folge „Wertpapiere“) bzw. in andere liquide Finanzanlagen investiert, die den Anlagebestimmungen entsprechen, die der Verwaltungsrat für die betreffenden Subfonds bestimmt.

Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit Gratisanteile ausgeben, wobei der Inventarwert pro Anteil dann auf dem Wege eines Splits verkleinert wird.

Zur Bestimmung des Gesellschaftskapitals werden die Inventarwerte jedes Subfonds, die nicht in Schweizer Franken ausgedrückt sind, in Schweizer Franken umgerechnet, so dass das Gesellschaftskapital der Summe aller Inventarwerte aller Subfonds ausgedrückt in Schweizer Franken entspricht.

Namensanteile

Art. 6. Der Verwaltungsrat wird ausschließlich Namensanteile ausgeben. Inhaberanteile werden nicht ausgegeben.

Es werden keine Zertifikate über die ausgegebenen Anteile ausgestellt. Wenn ein Aktionär dies wünscht, wird ihm stattdessen eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes ausgestellt und zugesandt, und es werden ihm dafür die üblichen Gebühren belastet. Die Gesellschaft kann Anteilsbestätigungen in einer Form ausstellen, die der Verwaltungsrat jeweils beschließen wird.

Es können Bruchteile von Anteilen ausgegeben werden, welche auf- oder abgerundet werden, gemäß den Bestimmungen des geltenden Rechtsprospektes der Gesellschaft.

Anteile werden nach Annahme der Zeichnung und vorbehaltlich der Zahlung des Kaufpreises (gemäß Artikel 26 dieser Satzung) ausgegeben. Der Zeichner wird auf Wunsch die Bestätigung seiner Anteile innerhalb gesetzlich vorgeschriebener Fristen erhalten.

Zahlungen von Dividenden an Aktionäre erfolgen an ihre Anschrift im Gesellschaftsregister („Register“) oder an jene Anschrift, die der Gesellschaft schriftlich angegeben worden ist.

Die Aktionäre sämtlicher ausgegebenen Namensanteile der Gesellschaft werden im Register eingetragen, das von der Gesellschaft oder durch eine oder mehrere Personen/Firmen geführt wird, die hierzu vom Verwaltungsrat ernannt werden. In diesem Register soll der Name jedes Aktionärs, sein Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt und die Anzahl, die Subfonds und Anteilkategorie der von ihm gehaltenen Anteile eingetragen werden. Die Übertragung und die Rückgabe eines Namensanteils werden in das Register eingetragen nach Zahlung einer üblichen Gebühr, die von der Gesellschaft für eine derartige Registrierung festgelegt wird.

Anteile sind frei von Beschränkungen der Übertragungsrechte und Ansprüchen zu Gunsten der Gesellschaft.

Die Übertragung von Anteilen erfolgt durch Eintragung in das Register ggf. anlässlich der Aushändigung der Bestätigungen über diese Anteile (soweit ausgegeben) zusammen mit solchen Dokumenten für die Übertragung, die der Gesellschaft notwendig erscheinen.

Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Gesellschaft an die Aktionäre können an die Adresse geschickt werden, die in das Register eingetragen wurde. Falls ein Aktionär diese Anschrift nicht mitteilt, kann eine entsprechende Notiz in das Register eingetragen werden. Infolgedessen kann die Gesellschaft davon ausgehen, die Anschrift des Aktionärs befände sich am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einer anderen Adresse, wie von der Gesellschaft beschlossen, bis der Aktionär der Gesellschaft eine andere Anschrift schriftlich mitteilt. Der Aktionär kann jederzeit seine in dem Register eingetragene Anschrift korrigieren, durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft an deren Geschäftssitz oder an eine Anschrift, die die Gesellschaft bestimmt hat.

Im Falle der Ausgabe von Bruchteilen wird ein solcher Bruchteil in das Register eingetragen. Dieser Bruchteil beinhaltet keine Stimmberechtigung, jedoch berechtigt er, in dem Umfang wie von der Gesellschaft festgelegt, zu einem entsprechenden Anteil an der Dividende und am Liquidationserlös.

Einschränkung des Anteilbesitzes

Art. 7. Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Einschränkungen (außer Einschränkung der Übertragung von Anteilen) zu erlassen, die er für notwendig erachtet, um sicherzustellen, dass keine Anteile der Gesellschaft oder Anteile eines Subfonds und/oder einer Anteilskategorie von einer Person (im folgenden „Ausgeschlossene Person“ genannt) erworben oder gehalten werden:

a) welche die Gesetze oder Vorschriften eines Landes und/oder behördliche Verfügungen verletzt oder gemäß den Bestimmungen des Rechtsprospekts vom Anteilseigentum ausgeschlossen ist;

b) deren Anteilsbesitz nach Meinung des Verwaltungsrats dazu führt, dass die Gesellschaft Steuerverbindlichkeiten bzw. andere finanzielle Nachteile erleidet, die sie ansonsten nicht erlitten hätte oder erleiden würde.

Die Gesellschaft kann demnach den Besitz von Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person einschränken oder untersagen. Hierfür kann die Gesellschaft:

a) die Ausgabe von Anteilen oder die Registrierung von Anteilsübertragungen ablehnen, bis sie sich vergewissert hat, ob die Ausgabe oder die Registrierung dazu führen könnte, dass dadurch ein tatsächliches Eigentum an solchen Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person begründet würde;

b) jederzeit von jeder namentlich registrierten Person verlangen, dem Register alle Angaben zu liefern, die sie für notwendig erachtet zwecks Klärung der Frage, ob diese Anteile tatsächlich im Eigentum einer Ausgeschlossenen Person stehen oder stehen werden;

c) falls die Gesellschaft der Überzeugung ist, dass eine Ausgeschlossene Person, entweder allein oder in Gemeinschaft mit einer anderen Person, rechtlicher oder tatsächlicher Aktionär der Anteile ist, und falls diese Person die Anteile nicht einer berechtigten Person überträgt, kann die Gesellschaft zwangsweise von diesem Aktionär alle von ihm gehaltenen Anteile wie folgt zurücknehmen:

(1) die Gesellschaft wird dem Aktionär, der als der Eigner der erworbenen Anteile gilt, eine Aufforderung zustellen (nachstehend die „Rückgabe-Aufforderung“ genannt), wobei sie, wie oben beschrieben, die zurückzugebenden Anteile, den für diese Anteile zu zahlenden Preis und den Ort, wo der Kaufpreis im Hinblick auf diese Anteile zahlbar ist, bestimmt. Jede solche Rückgabe-Aufforderung kann einem solchen Aktionär auf dem Postweg zugestellt werden, durch frankiertes Einschreiben an die im Register der Gesellschaft eingetragene Anschrift des Aktionärs. Der Aktionär ist daraufhin verpflichtet, ggf. der Gesellschaft die Anteilsbestätigungen, auf die sich die Rückgabe-Aufforderung bezieht, zurückzugeben. Unmittelbar nach Geschäftsschluss am Tag, der in der Rückgabe-Aufforderung genannt ist, verliert der Aktionär sein Eigentumsrecht an den in der Rückgabe-Aufforderung genannten Anteilen, und sein Name wird im Register gelöscht.

(2) Der Preis (nachstehend „Rücknahmepreis“ genannt), zu dem die genannten Anteile gemäß Rückgabe-Aufforderung zurückgenommen werden, ist der Betrag, der dem Inventarwert der Anteile je Subfonds und Anteilskategorie entspricht, wie er in Übereinstimmung mit Artikel 24 dieser Satzung berechnet wird, abzüglich einer etwaigen Rücknahmegebühr gemäß Artikel 22.

(3) Die Zahlung des Rücknahmepreises wird dem Aktionär solcher Anteile in der Währung des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie geleistet und wird durch die Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder an einem anderen Ort (wie in der Rückgabe-Aufforderung beschrieben) zur Zahlung, ggf. gegen Aushändigung der Anteilsbestätigungen oder gegen die Erbringung eines sonstigen für die Gesellschaft akzeptablen Eigentumsnachweises, hinterlegt werden. Nach Hinterlegung dieses Kaufpreises, verliert die Person die Rechte, die sie wie in dieser Satzung und dem Rechtsprospekt aufgeführt, besaß, sowie alle weiteren Rechte an den Anteilen, oder irgendwelche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Vermögenswerte; ausgenommen ist das Recht der als berechtigter Eigentümer erscheinenden Person, den so hinterlegten Rücknahmepreis (ohne Zinsen) seitens der Hinterlegungsstelle wie oben beschrieben zu erhalten.

(4) Die Ausübung der ihr gemäß diesem Artikel zustehenden Rechte durch die Gesellschaft kann in keinem Fall mit der Begründung in Frage gestellt oder als ungültig angesehen werden, dass kein ausreichender Nachweis des Eigentumsrechts von Anteilen einer Person vorgelegen hat, oder dass der tatsächliche oder rechtliche Aktionär ein anderer war, als es gegenüber der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Rückgabe-Aufforderung erschien, vorausgesetzt, dass die besagten Rechte durch die Gesellschaft in gutem Glauben ausgeübt worden sind;

d) die Stimmabgabe an einer Gesellschafterversammlung durch irgendeine Ausgeschlossene Person ablehnen.

Rechte der Generalversammlung der Aktionäre

Art. 8. Jede ordnungsgemäß abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Deren Beschlüsse sind für alle Aktionäre verbindlich, unabhängig vom Subfonds oder von der Anteilskategorie, soweit diese Beschlüsse nicht in die Rechte der getrennten Versammlung der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie gemäß den nachfolgenden Bestimmungen eingreifen.

Die Generalversammlung der Aktionäre hat die weitest gehenden Befugnisse, alle Rechtshandlungen, die sich auf die Geschäfte der Gesellschaft beziehen, anzuordnen, auszuführen oder zu genehmigen.

Falls die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, übt letzterer alle Befugnisse der Generalversammlung der Aktionäre aus.

Generalversammlung

Art. 9. Die jährliche Generalversammlung der Aktionäre wird in Übereinstimmung mit dem luxemburgischen Recht am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung genannten Ort in Luxemburg abgehalten und findet am 20. Oktober jeden Jahres um 09:30 Uhr statt. Falls dieser Tag kein Bankarbeitstag in Luxemburg ist, wird die Generalversammlung am nächstfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg abgehalten. Die Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls außergewöhnliche Umstände dies gemäß freiem Ermessen des Verwaltungsrats erforderlich machen.

Andere Versammlungen können an dem Ort und zu dem Zeitpunkt abgehalten werden, die in der entsprechenden Einladung bestimmt sind.

Getrennte Versammlungen der Aktionäre

Art. 10. Getrennte Versammlungen der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie können auf Antrag des Verwaltungsrats einberufen werden. Für die Beschlussfähigkeit und Abstimmungen gelten die in Artikel 11 dieser Satzung niedergelegten Regelungen sinngemäß. Eine getrennte Versammlung der Aktionäre kann bezüglich der betreffenden Subfonds oder Anteilskategorien über alle Angelegenheiten beschließen, die gemäß Gesetz oder dieser Satzung nicht der Generalversammlung oder dem Verwaltungsrat vorbehalten sind. Beschlüsse von getrennten Versammlungen der Aktionäre dürfen nicht in die Rechte von Aktionären anderer Subfonds oder Anteilskategorien eingreifen.

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen

Art. 11. Jeder Anteil eines Subfonds oder einer Anteilskategorie hat, unabhängig vom Inventarwert des jeweiligen Anteils, das Recht auf eine Stimme, vorbehaltlich der durch diese Satzung oder das Gesetz auferlegten Einschränkungen.

Ein Aktionär kann an jeder Versammlung von Aktionären teilnehmen oder sich mittels einer brieflich oder durch Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopierer oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form erteilten Vollmacht durch einen anderen Aktionär oder durch eine andere Person vertreten lassen.

Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen werden Beschlüsse an einer ordnungsgemäß einberufenen Versammlung von Aktionären durch einfache Mehrheit der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen und abgegebenen Stimmen gefasst. Der Verwaltungsrat kann alle weiteren Bedingungen festlegen, die durch die Aktionäre zu erfüllen sind, um an einer Versammlung der Aktionäre teilnehmen zu können.

Falls die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, übt letzterer alle Rechte aus, welche den Aktionären durch das Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 in seiner jeweils aktuellen Fassung (das „Gesetz von 1915“) und der vorliegenden Satzung zustehen. Die von einem solchen alleinigen Aktionär gefassten Beschlüsse werden in einem Protokoll niedergeschrieben.

Einladungen

Art. 12. Für die Einberufung von Generalversammlungen oder von getrennten Versammlungen von Aktionären gelten die gesetzlichen Fristen und Formalitäten.

Die Generalversammlung bzw. weitere Versammlungen der Aktionäre werden durch den Verwaltungsrat mittels Einladung einberufen, die die Tagesordnung enthält. Diese erfolgt durch Einschreiben wenigstens acht (8) Tage vor der Generalversammlung, wobei die gesetzlich geforderten Unterlagen und Informationen den Aktionären gemeinsam mit der Einladung zugesandt werden. Diese Unterlagen sind ferner fünfzehn (15) Tage vor der Generalversammlung am Geschäftssitz zur Einsicht verfügbar.

Die Einladung kann vorsehen, dass die Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse auf Grundlage derjenigen Anteile festgestellt werden, welche am fünften Tag, welcher der Generalversammlung um 24 Uhr (Luxemburger Zeit) vorausgeht, ausgegeben und im Umlauf sind. Die Rechte eines Aktionärs zur Teilnahme und Abstimmung bei einer Generalversammlung richten sich ebenfalls nach seinem Anteilsbesitz zu diesem Zeitpunkt.

Auf Verlangen von Aktionären, die mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, muss eine Generalversammlung einberufen werden.

Ferner können ein oder mehrere Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, verlangen, dass eine Generalversammlung einberufen wird und dass Abstimmungspunkte der Tagesordnung hinzugefügt werden. Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.

Der Verwaltungsrat

Art. 13. Die Gesellschaft wird durch den Verwaltungsrat geführt, der sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammensetzt, die nicht Aktionäre sein müssen.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Aktionäre anlässlich der Generalversammlung für eine Dauer von maximal sechs (6) Jahren gewählt und sind wiederwählbar. Sollte die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds infolge von Tod, Rücktritt oder in sonstiger Weise nicht mehr besetzt sein, können die verbliebenen Verwaltungsratsmitglieder auf dem Weg der Nachwahl mit einfacher Stimmenmehrheit ein Verwaltungsratsmitglied wählen, das die unbesetzte Stelle bis zur nächsten Generalversammlung besetzen wird.

Ein Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit mit oder ohne Grund durch Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre abberufen und/oder ersetzt werden. An der Generalversammlung kann nur eine Person, die dem Verwaltungsrat bis zu diesem Zeitpunkt angehörte, als Mitglied des Verwaltungsrates gewählt werden, es sei denn, diese Person

(1) wird vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen, oder

(2) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, unterbreitet dem Vorsitzenden - oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied - schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als 30 Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

Interne Organisation des Verwaltungsrates

Art. 14. Der Verwaltungsrat wird aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, sowie gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende wählen. Er kann auch einen Sekretär ernennen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht und für die Protokolle der Verwaltungsratssitzung und der Generalversammlung verantwortlich ist.

Der Vorsitzende führt den Vorsitz der Verwaltungsratssitzungen. In seiner Abwesenheit ernennen die Verwaltungsratsmitglieder eine andere Person zum vorübergehenden Vorsitzenden durch Mehrheitsbeschluss der Anwesenden.

Eine Sitzung des Verwaltungsrats kann durch den Vorsitzenden oder durch zwei Mitglieder des Verwaltungsrates am in der Einladung angegebenen Sitzungsort unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.

Briefliche, telegrafische, elektronische oder Telefaxeinladungen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats erfolgen an alle Mitglieder mindestens 24 Stunden vor Beginn einer solchen Sitzung, mit Ausnahme dringender Umstände, in welchem Falle diese in der Einladung anzuführen sind.

Unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen ist der Verwaltungsrat nur bei einer ordnungsgemäß erfolgten Einberufung der Sitzung beschlussfähig.

Mit Zustimmung aller Verwaltungsratsmitglieder kann auf ein Einberufungsschreiben verzichtet werden. Eine Einberufung ist nicht erforderlich für Sitzungen, deren Daten durch Verwaltungsratsbeschluss im Voraus festgelegt worden sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann sich bei einer Verwaltungsratssitzung durch ein anderes Mitglied des Verwaltungsrats vertreten lassen. Die Vollmachtserteilung erfolgt brieflich, per Telegramm, Fernschreiber oder Fernkopierer oder in jeder anderen Form, wie vom Verwaltungsrat beschlossen.

Vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmen kann der Verwaltungsrat nur rechtsgültig beraten oder beschließen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind, wobei eine Teilnahme durch Telefon oder Videokonferenz oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form gestattet ist. Beschlüsse werden durch Mehrheit der Stimmen der an einer Sitzung anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

Die Verwaltungsratsmitglieder können auch auf dem Zirkularwege einen Beschluss herbeiführen, durch schriftliche Zustimmung auf einer oder mehreren gleichlautenden Urkunden.

Der Verwaltungsrat kann auch einzelne Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte mit der Gesamtheit oder einem Teil der täglichen Geschäftsführung oder die Vertretung der Gesellschaft mit den vom Verwaltungsrat beschlossenen Befugnissen betrauen. Derartige Ernennungen können jederzeit vom Verwaltungsrat zurückgenommen werden.

Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen auch bestimmte Vollmachten und Kompetenzen auf ein Gremium übertragen, das aus von ihm ernannten Personen (gleich ob Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte) besteht.

Protokolle der Verwaltungsratssitzungen

Art. 15. Die Protokolle jeder Verwaltungsratssitzung werden durch den Vorsitzenden derselben und ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats unterzeichnet. Abschriften oder Auszüge solcher Protokolle, die für Rechtsverfahren oder für andere Rechtszwecke erstellt werden, sind durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats und ein Verwaltungsratsmitglied zu unterzeichnen.

Festlegung der Anlagepolitik

Art. 16. Der Verwaltungsrat ist mit den Kompetenzen ausgestattet, alle Verwaltungshandlungen und Verfügungen im Gesellschaftsinteresse auszuführen, welche nicht ausdrücklich durch Gesetz oder durch diese Satzung der Generalversammlung der Aktionäre vorbehalten sind.

Vorbehaltlich derjenigen Angelegenheiten, die den Aktionären in der Generalversammlung gemäß Satzung zustehen und gemäß der vorstehenden Einschränkungen, ist der Verwaltungsrat befugt, insbesondere die Anlagepolitik für jeden Subfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung zu bestimmen, unter Beachtung der Anlagebeschränkungen gemäß Gesetz, Verordnungen sowie Verwaltungsratsbeschlüssen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann bestimmen, dass das Vermögen der Gesellschaft wie folgt angelegt wird:

a) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente:

- die an einem geregelten Markt (im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG) notiert oder gehandelt werden;
- die an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union („EU“), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;
- die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden. In diesem Zusammenhang bedeutet „Drittstaat“ alle Länder Europas, die kein Mitgliedsstaat der EU, sind und alle Länder Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und das Pazifikbeckens.

b) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen geregelten Markt, wie in Punkt a) beschrieben, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

c) In Anteile von, nach der Richtlinie 2009/65/EG, zugelassenen Organismen für Gemeinsame Anlagen in Wertpapiere („OGAW“) und/oder anderen Organismen für Gemeinsame Anlagen („OGA“) im Sinne von Artikel 1 Absatz (2) erster und zweiter Gedankenstrich der Richtlinie 2009/65/EG mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder einem Drittstaat, sofern:

- diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer behördlichen Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Commission de Surveillance du Secteur Financier („CSSF“) derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht der EU gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht;
- das Schutzniveau der Anteilinhaber der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilinhaber eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, die Kreditaufnahmen, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind;
- die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;
- der OGAW oder dieser andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder anderer OGA anlegen darf.

d) In Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei qualifizierten Kreditinstituten, die ihren Gesellschaftssitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Mitgliedstaat der OECD oder in einem Land, das die Beschlüsse der Financial Actions Task Force („FATF“ bzw. Groupe d'Action Financière Internationale „GAFI“) ratifiziert hat, haben (ein „Qualifiziertes Kreditinstitut“).

e) In Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikel 1 des Gesetzes von 2010 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt sie werden:

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank, der EU oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, im Falle eines Bundesstaates, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert; oder
- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter a) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden; oder
- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts der EU, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert; oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei den Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn (10) Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der 4. Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

f) In Derivate einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem wie unter dem vorstehenden Buchstaben a) bezeichneten geregelten Markt gehandelt werden und/oder freihändig gehandelte („over the counter“ oder „OTC-Derivate“), sofern:

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne von Artikel 41 Absatz (1) des Gesetzes von 2010 oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihren Anlagezielen anlegen darf,

- die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer behördlichen Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen wurden und

- die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Gesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.

Jedoch kann die Gesellschaft höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in andere als die unter a) bis e) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente sowie, wenn keine darüber hinausgehenden Anlagen in Zielfonds im jeweiligen Besonderen Teil des Rechtsprospektes ausdrücklich zugelassen werden, höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Zielfonds (d.h. Anteile in OGAW und/oder anderen OGA im Sinne von Ziffer c) oben) anlegen.

Der Verwaltungsrat kann jedoch in Übereinstimmung mit Kapitel 9 des Gesetzes von 2010 und unter den dort festgelegten Voraussetzungen beschließen, dass ein Subfonds („Feeder“) mindestens 85% seines Vermögens in Anteile eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen), der nach der EU-Richtlinie 2009/65/EG zugelassen ist, der nicht selbst ein Feeder ist und keine Anteile eines Feeders hält, investiert. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich entsprechend im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Die Gesellschaft legt höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten an. Die Gesellschaft legt höchstens 20% des Inventarwertes pro Subfonds in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung an.

Die Obergrenze des ersten Satzes des vorhergehenden Absatzes wird auf 35% angehoben, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem EU-Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden.

Abweichend von den vorhergehenden Absätzen ist die Gesellschaft ermächtigt, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Risikostreuung bis zu 100% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente verschiedener Emissionen zu investieren, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften oder einem Mitgliedstaat der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, begeben oder garantiert werden, allerdings mit der Maßgabe, dass der Subfonds Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von mindestens sechs unterschiedlichen Emissionen halten muss, wobei die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einer Emission höchstens 30% des Inventarwertes des Subfonds ausmachen dürfen.

Sofern mehrere Subfonds bestehen, kann ein Subfonds unter den in Artikel 181 Absatz 8 des Gesetzes von 2010 festgelegten Voraussetzungen in andere Subfonds der Gesellschaft investieren.

Darüber hinaus wird sich die Gesellschaft an alle weiteren Einschränkungen halten, die von den Aufsichtsbehörden jener Länder vorgeschrieben werden, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Im Falle, dass eine Änderung des Gesetzes von 2010 zu wesentlichen Abweichungen führt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass sich solche neuen Bestimmungen anwenden.

Pooling und „Co-Management“

Art. 17. Die Verwaltung der Vermögenswerte eines Subfonds kann mittels „Pooling“ erfolgen.

In diesem Fall werden Vermögen verschiedener Subfonds zusammen verwaltet. Derartige zusammen verwaltete Vermögen werden als „Pool“ bezeichnet, wobei jedoch solche „Pools“ ausschließlich für interne Verwaltungszwecke verwendet werden. Die „Pools“ haben keine eigene Rechtspersönlichkeit und sind nicht direkt zugänglich für die Aktionäre. Jedem Subfonds, welcher zusammen mit anderen Subfonds verwaltet wird, sind buchhalterisch seine spezifischen Vermögen zuzuordnen.

Wenn Vermögen eines oder mehrerer Subfonds zusammen verwaltet werden, werden die Vermögen, welche jedem teilnehmenden Subfonds zugeteilt werden, zunächst gemäß ihrer ersten Zuteilung von Vermögen in einen solchen „Pool“ bestimmt und werden im Falle von zusätzlichen Zeichnungen oder Rücknahmen im Verhältnis zu derartigen Zeichnungen und Rücknahmen proportional abgeändert.

Die Ansprüche jedes teilnehmenden Subfonds auf die gemeinsam verwalteten Vermögen finden auf all und jede Anlagen jenes „Pools“ Anwendung.

Zusätzliche Anlagen, welche im Namen von gemeinsam verwalteten Subfonds getätigt werden, werden diesen Subfonds gemäß ihren respektiven Rechten zugeteilt und Vermögenswerte, welche verkauft werden, werden in der gleichen Art und Weise von den betreffenden Vermögenswerten jedes teilnehmenden Subfonds entnommen.

Des Weiteren, soweit dies mit der Anlagepolitik der betreffenden Subfonds zu vereinbaren ist, kann der Verwaltungsrat mit Blick auf eine effiziente Verwaltung bestimmen, dass das ganze oder ein Teil des Vermögens eines oder mehrerer Subfonds im Rahmen des „Co-Management“ gemeinsam mit dem Vermögen anderer OGA, wie im Rechtsprospekt beschrieben, verwaltet wird. Die vorstehenden Regelungen gelten in diesem Fall mutatis mutandis.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Art. 18. Kein Vertrag oder sonstige Tätigkeit zwischen der Gesellschaft und irgendeiner anderen Gesellschaft oder Firma wird durch den Umstand beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft in einer anderen Gesellschaft Verwaltungsratsmitglied, Aktionär, Geschäftsführer oder Angestellter oder sonst wie persönlich an einer solchen Gesellschaft oder Firma beteiligt sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jedes andere Organ der Gesellschaft, das als Verwaltungsratsmitglied, Aktionär, Geschäftsführer oder Angestellter einer anderen Gesellschaft oder Firma dient, mit der die Gesellschaft vertragliche Beziehungen eingeht oder sonst wie Geschäfte tätigt, ist infolge einer solchen Verbindung mit der anderen Gesellschaften oder Firma, nicht verhindert für die Gesellschaft tätig zu sein und über deren Rechtsgeschäfte zu entscheiden.

Falls ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Geschäftsführer der Gesellschaft ein persönliches Interesse an einem Geschäft der Gesellschaft hat, muss er dieses persönliche Interesse dem Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen und darf sich nicht mit solchen Geschäften befassen oder darüber abstimmen. Derartige Rechtsgeschäfte und Interessen eines Verwaltungsratsmitglieds oder Geschäftsführers sind bei der nächsten Generalversammlung offenzulegen.

Sofern die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, findet der vorstehende Absatz keine Anwendung, sondern es werden die Geschäfte mit ihrem Verwalter, wenn dieser ein der Gesellschaft entgegengesetztes Interesse hat, lediglich in einem Protokoll über diese Geschäfte erwähnt.

Die vorstehenden Bestimmungen werden nicht angewendet, wenn die betreffenden Geschäfte im Rahmen des alltäglichen Geschäftsgangs zu üblichen Bedingungen ausgeführt werden.

Freistellung

Art. 19. Die Gesellschaft wird jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, oder deren Erben, Testamentsvollstrecker oder Verwalter von allen vernünftigerweise aufgewandten Kosten im Zusammenhang mit irgendeinem Rechtsstreit/Klage oder gerichtlichen Verfahren freistellen, in das sie als Partei einbezogen wurden, als Folge ihrer Eigenschaft als aktives oder vormaliges Verwaltungsratsmitglied oder als Geschäftsführer der Gesellschaft oder, auf Verlangen der Gesellschaft, aufgrund einer Funktion bei einem anderen Unternehmen, mit dem die Gesellschaft vertraglich verbunden ist oder dessen Gläubiger sie sind, falls sie bei einem solchen Rechtsstreit oder Klage nicht von jeder Verantwortung freigestellt werden. Ausgenommen sind Vorkommnisse, für welche sie rechtskräftig aufgrund einer Klage oder einem Rechtsverfahren wegen grober Fahrlässigkeit oder schlechter Geschäftsführung verurteilt werden. Im Falle eines Vergleichs wird Schadenersatz nur im Zusammenhang mit Angelegenheiten geleistet, die durch den Vergleich gedeckt sind und hinsichtlich welcher die Gesellschaft von ihren Rechtsanwälten eine Bestätigung bekommt, dass die haftungspflichtige Person keine Pflichtverletzung trifft. Die vorstehenden Rechte auf Freistellung schließen andere Rechte nicht aus, auf die vorgenannten Personen einen berechtigten Anspruch haben.

Vertretung

Art. 20. Die Gesellschaft wird durch die gemeinsamen Unterschriften von zwei Verwaltungsratsmitgliedern der Gesellschaft verpflichtet oder - falls der Verwaltungsrat entsprechende Beschlüsse gefasst hat - durch gemeinsame Unterschriften eines Verwaltungsrats mit einem Geschäftsführer, Prokuristen oder anderen Bevollmächtigten bzw. durch die Einzel- oder gemeinsame Unterschrift solcher bevollmächtigter Personen für bestimmte Einzelgeschäfte oder Geschäftsbereiche, denen dazu durch Verwaltungsratsbeschluss oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder die entsprechenden Befugnisse erteilt wurden.

Wirtschaftsprüfer

Art. 21. Die Generalversammlung der Gesellschaft ernennt einen Wirtschaftsprüfer („réviseur d'entreprise agréé“), der die in Artikel 154 des Gesetzes von 2010 beschriebenen Pflichten gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Art. 22.

Rücknahme

Wie nachfolgend im Einzelnen geregelt, hat die Gesellschaft das Recht, ihre Anteile jederzeit innerhalb der durch das Gesetz vorgesehenen Einschränkung bezüglich des Mindestkapitals zurückzukaufen.

Jeder Aktionär kann beantragen, dass die Gesellschaft sämtliche oder einen Teil seiner Anteile zurückkauft, unter dem Vorbehalt des Aufschs von Rücknahmen (wie nachstehend definiert).

Der Verwaltungsrat kann beschließen, die Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen aufzuschieben, wenn bei der Gesellschaft an einem Bewertungstag oder über einen im Prospekt definierten Zeitraum von mehreren Bewertungstagen Rücknahme- oder Umtauschgesuche eingehen, die einen in Prospekt festgelegten Prozentsatz der ausstehenden Anteile eines Subfonds übersteigen. Der Verwaltungsrat definiert die maximale Dauer des Aufschs im Prospekt. Diese Rücknahme- und Umtauschanträge werden gegenüber später eingegangenen Anträgen bevorzugt behandelt.

Soweit nichts anderes im Rechtsprospekt bestimmt ist, wird der Rücknahmepreis üblicherweise innerhalb von fünf Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem betreffenden Bewertungstag bezahlt. Der Rücknahmepreis wird auf der Grundlage des Inventarwerts pro Anteil des jeweiligen Subfonds bzw. der betreffenden Anteilskategorie in Übereinstimmung

mit den Vorschriften des Artikels 24 dieser Satzung berechnet, abzüglich einer Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils beschlossen und im Rechtsprospekt beschrieben wird.

Sollte im Falle von Rücknahmen aufgrund von außergewöhnlichen Umständen die Liquidität des Anlagevermögens eines Subfonds nicht für die Zahlung innerhalb dieses Zeitraums ausreichen, wird die Zahlung so bald wie möglich durchgeführt werden, jedoch, soweit rechtlich zulässig, ohne Zinsen.

Der Antrag auf Rücknahme der Anteile ist vom Aktionär schriftlich direkt an die Gesellschaft oder an eine der Vertriebsstellen bis zu dem im Rechtsprospekt festgelegten Zeitpunkt vor dem Bewertungstag zu richten, an dem die Anteile zurückgegeben werden sollen. Ein ordnungsgemäß erteilter Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, außer im Falle und während einer Aussetzung oder Aufschiebung der Rücknahme. Zurückgenommene Anteile werden annulliert.

Umtausch

Jeder Aktionär kann grundsätzlich den gänzlichen oder teilweisen Umtausch seiner Anteile in Anteile eines anderen Subfonds an einem für beide Subfonds geltenden Bewertungstag sowie innerhalb eines Subfonds einen Umtausch zwischen verschiedenen Anteilskategorien beantragen, gemäß einer im Rechtsprospekt beschriebenen Umtauschformel und nach den Grundsätzen und gegebenenfalls Einschränkungen, wie sie vom Verwaltungsrat für jeden Subfonds festgelegt worden sind.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, den Umtausch der Anteile eines Subfonds in Anteile eines anderen Subfonds oder innerhalb eines Subfonds in andere Anteilskategorien Einschränkungen und Bedingungen zu unterwerfen, die im jeweils geltenden Rechtsprospekt dargelegt sind. Dabei kann der Verwaltungsrat insbesondere:

- die Frequenz von Umtauschanträgen begrenzen;
- den Umtausch von Anteilskategorien bzw. in Anteile unterschiedlicher Subfonds mit einer Gebühr belasten;
- den Umtausch zwischen Anteilskategorien innerhalb eines Subfonds ausschließen.

Liquidation

Sofern, gleich aus welchem Grund, der Inventarwert der Vermögenswerte eines Subfonds unter einen bestimmten Betrag sinkt, welcher vom Verwaltungsrat als angemessenes Mindestvolumen für den betreffenden Subfonds festgelegt ist, bzw. diesen Betrag nicht erreicht, oder, falls der Verwaltungsrat es für angebracht hält, wegen Veränderungen der wirtschaftlichen oder politischen Gegebenheiten, welche für den betreffende Subfonds von Einfluss sind, oder, falls es im Interesse der Aktionäre ist, kann der Verwaltungsrat alle (aber nicht nur einige) Anteile des betreffenden Subfonds zu einem Rücknahmepreis, welcher die vorweggenommenen Realisations- und Liquidationskosten für die Schließung des betreffenden Subfonds widerspiegelt, jedoch ohne eine sonstige Rücknahmegebühr, zurücknehmen.

Die Schließung eines Subfonds verbunden mit der zwangsweisen Rücknahme aller betreffenden Anteile aus anderen Gründen, als den im vorherigen Absatz angegebenen, kann nur mit dem vorherigen Einverständnis der Aktionäre dieses zu schließenden Subfonds auf einer ordnungsgemäß einberufenen getrennten Versammlung der Aktionäre des betroffenen Subfonds, welche wirksam ohne Quorum gehalten wird und mit einer Mehrheit von 50% der anwesenden oder vertretenen Anteile entscheiden kann, beschlossen werden.

Sofern ein Subfonds Feeder eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, führt die Liquidation oder Verschmelzung dieses anderen OGAW (oder dessen Subfonds) zur Liquidation des Feeders, es sei denn, der Feeder ändert mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde seine Anlagepolitik im Rahmen der Grenzen des Teils 1 des Gesetzes von 2010. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Liquidationserlöse, welche den Aktionären bei der Beendigung der Liquidation eines Subfonds nicht ausgezahlt werden konnten, werden bei der Caisse de Consignation in Luxemburg hinterlegt und verfallen nach dreißig (30) Jahren.

Die Gesellschaft hat die Aktionäre über die Liquidation zu informieren. Diese Mitteilung erfolgt grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form.

Verschmelzung

Der Verwaltungsrat kann ferner jeden Subfonds mit einem anderen Subfonds der Gesellschaft oder mit einem anderen OGAW gemäß Richtlinie 2009/65/EG oder einem Subfonds eines solchen verschmelzen.

Eine vom Verwaltungsrat beschlossene Verschmelzung, welche gemäß den Bestimmungen von Kapitel 8 des Gesetzes von 2010 durchzuführen ist, ist für die Aktionäre des betreffenden Subfonds nach Ablauf einer dreißigtägigen Frist von der diesbezüglichen Unterrichtung der betreffenden Aktionäre an bindend. Die vorgenannte Frist endet fünf (5) Bankarbeitstage vor dem für die Verschmelzung maßgebenden Bewertungstag. Die Gesellschaft hat die Aktionäre über die Verschmelzung zu informieren. Diese Mitteilung erfolgt grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form.

Ein Antrag eines Aktionärs auf Rücknahme seiner Anteile während der Frist darf nicht mit einer Rücknahmegebühr belastet werden, mit Ausnahme der von der Gesellschaft zurückgehaltenen Beträge zur Deckung von Kosten im Zusammenhang mit Desinvestitionen.

Eine Verschmelzung eines oder mehrerer Subfonds, infolge derer die Gesellschaft zu existieren aufhört, muss von der Generalversammlung beschlossen werden und vom Notar festgehalten werden. Für solche Beschlüsse ist kein Quorum erforderlich, und es genügt die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen

Art. 23. Der Inventarwert der Vermögen der Gesellschaft, der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds und, sofern anwendbar, die Inventarwerte der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorien (zusammen „Inventarwert“) werden in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag - wie nachfolgend definiert - bestimmt, außer in den nachstehend beschriebenen Fällen einer Aussetzung. Bewertungstag für jeden Subfonds ist jeder Bankarbeitstag in Luxemburg, welcher zugleich kein gewöhnlicher Feiertag für die Börsen oder anderen Märkte ist, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwerts des entsprechenden Subfonds die Bewertungsgrundlage darstellen, wie von der Gesellschaft bestimmt, sofern im Rechtsprospekt bezüglich eines bestimmten Subfonds nichts anderes vorgesehen ist. Jedoch muss mindestens zweimal pro Monat an einem Bankarbeitstag in Luxemburg ein Bewertungstag festgesetzt werden.

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Inventarwertes jedes Subfonds sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen dieses Subfonds, ebenso wie den Umtausch von und in Anteile eines Subfonds zeitweilig aussetzen:

- a) wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwertes die Bewertungsgrundlagen darstellen, (außer an gewöhnlichen Feiertagen) geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird; oder
- b) wenn es nach Ansicht des Verwaltungsrates aufgrund besonderer Umstände unmöglich ist, Vermögenswerte zu verkaufen oder zu bewerten; oder
- c) wenn die normalerweise zur Kursbestimmung eines Wertpapiers dieses Subfonds eingesetzte Kommunikationstechnik zusammengebrochen oder nur bedingt einsatzfähig ist; oder
- d) wenn die Überweisung von Geldern zum Kauf oder zur Veräußerung von Kapitalanlagen der Gesellschaft unmöglich ist; oder
- e) sofern ein Subfonds Feeder eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, wenn und solange dieser andere OGAW (oder dessen Subfonds) zeitweilig die Ausgabe oder Rücknahme seiner Anteile ausgesetzt hat; oder
- f) Im Falle einer Verschmelzung eines Subfonds mit einem anderen Subfonds oder mit einem anderen OGA (oder einem Subfonds eines solchen), sofern dies zum Zweck des Schutzes der Aktionäre gerechtfertigt erscheint; oder
- g) wenn aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände umfangreiche Rücknahmeanträge eingegangen sind und dadurch die Interessen der im Subfonds verbleibenden Aktionäre nach Ansicht des Verwaltungsrats gefährdet sind; oder
- h) im Fall einer Entscheidung, die Gesellschaft zu liquidieren, am oder nach dem Tag der Veröffentlichung der ersten Einberufung einer Generalversammlung der Aktionäre zu diesem Zweck.

Bei Eintritt eines Ereignisses, welches die Liquidation der Gesellschaft zur Folge hat, oder nach Eingang einer entsprechenden Anordnung der CSSF, wird die Gesellschaft die Ausgabe, Rücknahme und den Umtausch von Anteilen unverzüglich einstellen.

Aktionäre, die ihre Anteile zur Rücknahme oder zum Umtausch angeboten haben, werden innerhalb von sieben Tagen schriftlich über die Aussetzung sowie unverzüglich über die Beendigung derselben benachrichtigt.

Die Aussetzung der Ausgabe bzw. Rücknahme und des Umtauschs von Anteilen irgendeines Subfonds hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Inventarwertes, die Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen eines anderen Subfonds.

Festlegung des Inventarwertes

Art. 24. Der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds, und soweit anwendbar, der Inventarwert der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorien wird in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag bestimmt, indem der gesamte Inventarwert der Aktiva des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Anteile dieses Subfonds oder dieser Anteilskategorie dividiert wird. Der gesamte Inventarwert des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie repräsentiert dabei den Marktwert der ihr zugeordneten Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten.

Bewertungsvorschriften

Art. 25. Die Bewertung der Inventarwerte der verschiedenen Subfonds erfolgt in folgender Weise:

(A) Aktiva

Die Aktiva der Gesellschaft beinhalten folgendes:

- a) sämtliche verfügbaren Kassenbestände bzw. auf Konto, zuzüglich aufgelaufene Zinsen;
- b) alle Wechsel und andere Guthaben auf Sicht (inklusive der Erlöse von Wertpapierverkäufen, die noch nicht gutgeschrieben sind);
- c) alle Wertpapiere (Aktien, fest- und variabelverzinsliche Wertpapiere, Obligationen, Options- oder Subskriptionsrechte, Optionsscheine und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft);
- d) alle Dividenden und fälligen Ausschüttungen zugunsten der Gesellschaft in bar oder in anderer Form, soweit der Gesellschaft bekannt, unter Voraussetzung, dass die Gesellschaft die Bewertungsveränderung im Marktwert der Wertpapiere infolge der Handelspraktiken wie z.B. im Handel ex Dividende bzw. ex Bezugsrechte anpassen muss;
- e) alle aufgelaufenen Zinsen auf verzinsliche Wertpapiere, die die Gesellschaft hält, soweit nicht solche Zinsen in der Hauptforderung enthalten sind;

- f) alle finanziellen Rechte, die sich aus dem Einsatz derivativer Instrumente ergeben;
- g) die vorläufigen Aufwendungen der Gesellschaft, soweit diese nicht abgeschrieben wurden, unter der Voraussetzung, dass solche vorläufigen Aufwendungen direkt vom Kapital der Gesellschaft abgeschrieben werden dürfen; und
- h) alle anderen Aktiva jeder Art und Zusammensetzung, inklusive vorausbezahlte Aufwendungen.

Der Wert solcher Anlagewerte wird wie folgt festgelegt:

1) Der Wert von frei verfügbaren Kassenbeständen bzw. Einlagen, Wechsel und Sichtguthaben, vorausbezahlte Aufwendungen, Bardividenden und Zinsen gemäß Bestätigung oder aufgelaufen, aber nicht eingegangen, wie oben dargestellt, soll zum vollen Betrag verbucht werden, es sei denn aus irgendeinem Grund sei die Zahlung wenig wahrscheinlich oder nur ein Teil einbringlich, weshalb der Wert hiervon nach Reduktion eines Abschlages ermittelt werden soll, nach Gutdünken der Gesellschaft, mit dem Zwecke, den effektiven Wert zu ermitteln.

2) Zum Anlagevermögen gehörende Wertpapiere, die amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zum letzten verfügbaren Kurs an dem Hauptmarkt, an dem diese Wertpapiere gehandelt werden, bewertet. Dabei können die Dienste eines von dem Verwaltungsrat genehmigten Kursvermittlers in Anspruch genommen werden. Wertpapiere, deren Kurs nicht marktgerecht ist, sowie alle anderen zulässigen Anlagewerte (einschließlich Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind oder an einem geregelten Markt gehandelt werden), werden zu ihren wahrscheinlichen Realisierungswerten eingesetzt, die nach Treu und Glauben durch oder unter der Leitung der Gesellschaft bestimmt werden.

3) Alle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die nicht auf die Währung des entsprechenden Subfonds lauten, werden in die Währung des betreffenden Subfonds zum am Bewertungszeitpunkt von einer Bank oder einem anderen verantwortlichen Finanzinstitut mitgeteilten Wechselkurs umgerechnet.

4) Anteile, die von OGA des offenen Typs ausgegeben werden, sind mit ihrem zuletzt verfügbaren Inventarwert zu bewerten. Abweichend hiervon werden OGA des offenen Typs, welche zugleich als Exchange Traded Funds (ETF) qualifizieren, mit ihrem Börsenschlusskurs am Ort ihrer Notierung bewertet.

5) Der Veräußerungswert von Termin- (Futures/Forwards) oder Optionsverträgen, die nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, ist gemäß den vom Verwaltungsrat festgelegten Richtlinien und in gleichbleibender Weise zu bewerten. Der Veräußerungswert von Termin- oder Optionsverträgen, die an einer Börse oder an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ist auf der Basis des zuletzt verfügbaren Abwicklungspreises für diese Verträge an Börsen und organisierten Märkten zu bewerten, an denen Termin- oder Optionsverträge dieser Art gehandelt werden; dies gilt mit der Maßgabe, dass bei Termin- oder Optionsverträgen, die nicht an einem Bewertungstag veräußert werden konnten, der vom Verwaltungsrat als angemessen und adäquat angesehene Wert die Basis für die Ermittlung des Veräußerungswertes dieses Vertrages ist.

6) Die Bewertung liquider Mittel und Geldmarktinstrumente kann zum jeweiligen Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen oder unter Berücksichtigung der planmäßig abgeschriebenen historischen Kosten erfolgen. Die letztgenannte Bewertungsmethode kann dazu führen, dass der Wert zeitweilig von dem Kurs abweicht, den die Gesellschaft beim Verkauf der Anlage erhalten würde. Die Gesellschaft wird diese Bewertungsmethode jeweils prüfen und nötigenfalls Änderungen empfehlen, um sicherzustellen, dass die Bewertung dieser Vermögenswerte zu ihrem angemessenen Wert erfolgt, der in gutem Glauben gemäß den vom Verwaltungsrat vorgeschriebenen Verfahren ermittelt wird. Ist die Gesellschaft der Auffassung, dass eine Abweichung von den planmäßig abgeschriebenen historischen Kosten je Anteil zu erheblichen Verwässerungen oder sonstigen den Anteilinhabern gegenüber unangemessenen Ergebnissen führen würde, so muss sie ggf. Korrekturen vornehmen, die sie als angemessen erachtet, um Verwässerungen oder unangemessene Ergebnisse auszuschließen oder zu begrenzen, soweit dies in angemessenem Rahmen möglich ist.

7) Die Swap-Transaktionen werden regelmäßig auf Basis der von der Swap-Gegenpartei erhaltenen Bewertungen bewertet. Bei den Werten kann es sich um den Geldoder Briefkurs oder den Mittelkurs handeln, wie gemäß den von dem Verwaltungsrat festgelegten Verfahren in gutem Glauben bestimmt. Spiegeln diese Werte nach Auffassung des Verwaltungsrats den angemessenen Marktwert der betreffenden Swap-Transaktionen nicht wider, wird der Wert dieser Swap-Transaktionen von dem Verwaltungsrat in gutem Glauben oder gemäß einer anderen dem Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen geeignet erscheinenden Methode bestimmt.

8) Wird aufgrund besonderer Umstände, wie zum Beispiel versteckter Kreditrisiken, eine Bewertung nach Maßgabe der vorstehenden Regeln undurchführbar oder unrichtig, ist die Gesellschaft berechtigt, andere allgemein anerkannte, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsgrundsätze anzuwenden, um eine angemessene Bewertung des Anlagevermögens zu erzielen.

(B) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sollen folgendes beinhalten

a) alle Kreditaufnahmen, Wechsel und andere fälligen Beträge; inklusive Sicherheitshinterlagen wie margin accounts etc. im Zusammenhang mit dem Einsatz von derivativen Instrumenten; und

b) alle fälligen bzw. aufgelaufenen administrativen Aufwendungen inklusive der Gründungs- und Registrierungskosten bei den Regierungsstellen wie auch Rechtsberatungsgebühren, Prüfungsgebühren, alle Gebühren bzw. Entschädigungen der Anlageberater, der Anlageverwalter, der Depotstelle, Vertriebsstellen und aller anderen Repräsentanten und Agenten der Gesellschaft, die Kosten der Pflichtveröffentlichungen und des Rechtsprospekts, der Geschäftsabschlüsse und anderer

Dokumente, die den Aktionären verfügbar gemacht werden. Weichen die zwischen der Gesellschaft und den von ihr hinzugezogenen Dienstleistungserbringern (wie Anlageberater, Anlageverwalter, Vertriebsträger, Depotbank) vereinbarten Gebührensätze für solche Dienstleistungen bezüglich einzelner Subfonds voneinander ab, so sind die entsprechenden unterschiedlichen Gebühren ausschließlich den jeweiligen Subfonds zu belasten. Marketing- und Werbungsaufwendungen dürfen nur im Einzelfall durch Beschluss des Verwaltungsrats einem Subfonds belastet werden; und

c) alle fälligen und noch nicht fälligen bekannten Verbindlichkeiten inklusive der erklärten aber noch nicht bezahlten Dividenden; und

d) ein angemessener für Steuerzwecke zurückgestellter Betrag, berechnet auf den Tag der Bewertung sowie andere Rückstellungen oder Reserven, die vom Verwaltungsrat genehmigt sind; und

e) alle anderen Verbindlichkeiten der Gesellschaft irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien.

Jegliche Verbindlichkeit irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien ist auf den/die betreffenden Subfonds beschränkt.

Zum Zwecke der Bewertung ihrer Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft alle administrativen und sonstigen Aufwendungen mit regelmäßigem bzw. periodischem Charakter mit einbeziehen, indem sie diese für das gesamte Jahr oder jede andere Periode bewertet und den sich ergebenden Betrag proportional auf die jeweilige aufgelaufene Zeitperiode aufteilt. Diese Bewertungsmethode darf sich nur auf administrative und sonstige Aufwendungen beziehen, die alle Subfonds gleichmäßig betreffen.

(C) Zuordnung der Aktiva und Passiva

Für jeden Subfonds wird der Verwaltungsrat in folgender Weise ein Anlagevermögen erstellen:

a) Der Erlös der Zuteilung und Ausgabe von Anteilen jedes Subfonds soll in den Büchern der Gesellschaft demjenigen Anlagevermögen zugeordnet werden, für das dieser Subfonds eröffnet worden ist und die entsprechenden Anlagewerte und Verbindlichkeiten sowie Einkünfte und Aufwendungen sollen diesem Anlagevermögen gemäß den Richtlinien dieses Artikels zugeordnet werden.

b) Wenn irgendein Anlagewert von einem anderen Aktivum abgeleitet worden ist, sollen derartige abgeleitete Aktiva in den Büchern der Gesellschaft dem gleichen Subfonds zugeordnet werden, wie die Aktiva, von denen sie herkommen und bei jeder neuen Bewertung eines Anlagewerts wird der Wertzuwachs bzw. Wertverlust dem betreffenden Subfonds zugeordnet.

c) Falls die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingegangen ist, die in Beziehung zu irgendeinem Aktivum eines bestimmten Subfonds oder zu irgendeiner Aktivität in Zusammenhang mit einem Aktivum irgendeines Subfonds steht, wird diese Verbindlichkeit dem betreffenden Subfonds zugeordnet.

d) Falls ein Anlagewert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht als eine einem bestimmten Subfonds zuzuordnende bestimmte Größe angesehen werden kann und auch nicht alle Subfonds gleichmäßig betrifft, kann der Verwaltungsrat nach Treu und Glauben solche Anlagewerte oder Verbindlichkeiten zuordnen.

e) Ab dem Tage an dem eine Dividende für einen Subfonds erklärt wird, ermäßigt sich der Inventarwert dieses Subfonds um den Dividendenbetrag, vorbehaltlich jedoch immer der Regelungen für den Verkauf und Rücknahmepreis der Anteile jedes Subfonds wie in dieser Satzung dargelegt.

(D) Allgemeine Bestimmungen

Für den Zweck der Bewertung im Rahmen dieses Artikels gilt folgendes:

a) Anteile, die gemäß Artikel 22 dieser Satzung zurückgekauft werden, sollen als bestehende behandelt und eingebucht werden bis unmittelbar nach dem durch den Verwaltungsrat oder dessen Bevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt, an dem eine solche Bewertung durchgeführt wird, und von diesem Zeitpunkt an bis der Preis hierfür bezahlt ist werden sie als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft behandelt;

b) alle Anlagen, Kassenbestände und übrigen Aktiva irgendeines Subfonds, die nicht auf die Währung dieses Subfonds lauten, werden unter Berücksichtigung ihres Marktwertes zu dem an dem Tag der Inventarwertberechnung geltenden Wechselkurs umgerechnet; und

c) an jedem Bewertungstag müssen alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, die durch die Gesellschaft an eben diesem Bewertungstag kontrahiert wurden, soweit möglich, in die Bewertung mit einbezogen werden.

Verkaufspreis und Rücknahmepreis

Art. 26. Wann immer die Gesellschaft Anteile zur Zeichnung anbietet, muss der Preis der angebotenen Anteile auf dem Inventarwert (wie oben definiert) basieren für den jeweiligen Subfonds bzw. die jeweilige Anteilskategorie, gegebenenfalls erhöht um eine Verkaufsgebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Verkaufsgebühr ist ganz oder teilweise an die Vertriebsstellen oder an die Gesellschaft zu zahlen, wobei diese Verkaufsgebühren sich nach den jeweiligen Gesetzen richten und ein vom Verwaltungsrat beschlossenes Maximum nicht überschreiten dürfen und für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein können, aber innerhalb eines Subfonds bzw. einer Anteilskategorie müssen alle Zeichnungsanträge an demselben Ausgabetag gleich behandelt werden, soweit die betreffende Verkaufsgebühr der Gesellschaft zusteht. Der so errechnete Preis („Verkaufspreis“) ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu beschließenden Zeitraums von nicht mehr als sieben Luxemburger Bankarbeitstagen nach Zuteilung der Anteile zahlbar, sofern im Rechtsprospekt nicht anderweitig bestimmt. Ausnahms-

weise kann der Verkaufspreis mit Zustimmung des Verwaltungsrats und in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen insbesondere mittels einer Sonderbewertung der betreffenden Sacheinlagen, welche durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt wird, derart geleistet werden, dass der Gesellschaft vom Erwerber in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen Wertpapiere übertragen werden.

Bei jeder Rücknahme von Anteilen wird der Anteilspreis zu dem diese Anteile zurückgenommen werden, aufgrund des Inventarwertes des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie berechnet, gegebenenfalls ermäßigt um eine Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Rücknahmegebühr ist ganz oder teilweise an die vermittelnden Verkaufsagenten zu zahlen, wobei diese Rücknahmegebühr für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein kann. Der so definierte Preis („Rücknahmepreis“) wird gemäß Artikel 22 dieser Satzung ausgezahlt.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises kann auch in besonderen Fällen auf Antrag bzw. mit Zustimmung des betreffenden Aktionärs mittels einer Sachausschüttung (Sachauslage) erfolgen, deren Bewertung vom Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft zu bestätigen ist und wobei die Gleichbehandlung aller Aktionäre sichergestellt sein muss.

Sofern der Rechtsprospekt dies vorsieht, kann der Verkaufspreis bzw. der Rücknahmepreis auch durch das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ zustande kommen. Der Verkaufspreis bzw. Rücknahmepreis entspricht dabei einem Einheitspreis, welcher wie folgt durch die Modifizierung des Nettoinventarwerts zustande kommt: Für jeden Bewertungstag werden die Nettozeichnungen bzw. die Nettorückgaben ermittelt. Der Nettoinventarwert wird in der Folge an jedem Bewertungstag um die Kosten erhöht bzw. vermindert, welche im Durchschnitt aus der Anlage der Nettozeichnungen bzw. dem Verkauf von Anlagen infolge von Nettorückgaben anfallen.

Rechnungsjahr

Art. 27. Das Rechnungsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Juli eines Jahres und endet am 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Jahresabschlüsse der Gesellschaft erfolgen in Schweizer Franken. Falls gemäß Artikel 5 dieser Satzung verschiedene Subfonds bestehen, deren Anteilswerte in anderen Währungen als Schweizer Franken ausgedrückt werden, werden diese in Schweizer Franken umgerechnet und im konsolidierten geprüften Jahresabschluss in Schweizer Franken ausgedrückt, einschließlich der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, der mit dem Bericht des Verwaltungsrats allen Aktionären 15 Tage vor jeder Generalversammlung zur Verfügung gehalten wird.

Gewinnverteilung

Art. 28. Die getrennten Versammlungen der Aktionäre der einzelnen Subfonds beschließen auf Antrag des Verwaltungsrats jährlich über die Ausschüttungen durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft kann Ausschüttungen vornehmen, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Wenn Dividenden für die ausschüttenden Anteile eines Subfonds erklärt werden, werden die Verkaufs- und Rücknahmepreise der ausschüttenden Anteile dieses Subfonds angepasst. Bei den thesaurierenden Anteilen erfolgen keine Ausschüttungen. Vielmehr wird der den thesaurierenden Anteilen zugeordnete Wert zugunsten ihrer Aktionäre reinvestiert.

Zwischendividenden können zu jeder Zeit durch Verwaltungsratsbeschluss ausbezahlt werden, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Falls Dividenden erklärt werden, werden diese grundsätzlich in der Währung des betreffenden Subfonds bezahlt, können jedoch auch in einer anderen, vom Verwaltungsrat zu beschließenden Währung, an den von demselben festgelegten Orten und Zeiten bezahlt werden. Der Verwaltungsrat kann den zur Umrechnung der Dividendenbeträge in die Währung ihrer Zahlung anwendbare Wechselkurs festlegen.

Ausschüttung bei Auflösung

Art. 29. Falls die Gesellschaft aufgelöst wird, erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die von der Generalversammlung benannt werden, die eine solche Auflösung beschließt und Vollmachten und Entgelte festlegt. Der Nettoerlös der Liquidation, bezogen auf jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie, wird unter den Aktionären jedes Subfonds und jeder Anteilskategorie im Verhältnis ihrer Anteile in den bezüglichen Subfonds bzw. Anteilskategorien aufgeteilt.

Satzungsänderung

Art. 30. Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft abgeändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die im Gesetz von 1915 vorgesehenen Bedingungen über die Beschlussfähigkeit und die Mehrheiten in der Abstimmung eingehalten werden. Alle Änderungen der Rechte von Aktionären eines Subfonds im Verhältnis zu denjenigen eines anderen Subfonds können nur erfolgen, falls diese mit den im Gesetz von 1915 für Satzungsänderungen vorgesehenen Bedingungen auch im betroffenen Subfonds erfüllt sind.

Verweis auf anwendbare Gesetze

Art. 31. Alle Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzung geregelt sind, werden gemäß dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2010 geregelt.

Folgt die englische Übersetzung der Satzung:

The Company

Art. 1. The Company is established as an “investment company with variable capital” (SICAV) under the name “MULTILABEL SICAV” (the “Company”).

Duration

Art. 2. The Company is established for an indefinite period. It may be dissolved at any time through a resolution of the shareholders in the Company, provided the resolution is passed in accordance with the procedure in Article 30 of these Articles of Association.

Object

Art. 3. The sole object of the Company consists in investing in all kinds of transferable securities and/or other liquid financial assets within the meaning of Article 41(1) of the Law of 17 December 2010 (the “Law of 2010”) concerning undertakings for collective investment in securities, for the purpose of risk diversification as well as for ensuring that the results achieved through the management of assets accrue to the shareholders. The Company may implement all such measures and execute all such transactions as it may deem conducive to the pursuit and development of its object to the extent permitted by the Law of 2010.

Registered office

Art. 4. The registered office of the Company is in the city of Luxembourg, in the Grand Duchy of Luxembourg. Branch offices and other representative offices may be established in Luxembourg or other countries following a decision of the Board of Directors of the Company (the “Board of Directors”).

If, in the view of the Board of Directors, circumstances of force majeure exist or are about to exist that may adversely affect the normal business activities of the Company at its registered office or its daily contact with persons in foreign countries, the registered office may be temporarily moved to a foreign country until the extraordinary circumstances no longer exist. Such temporary measures will have no effect on the nationality of the Company, which will remain a Luxembourg company.

Capital - Shares

Art. 5. The capital of the Company is represented by shares without par value (“Shares”) which shall at all times be equal to the net asset value of the Company.

The minimum capital of the Company shall correspond to the equivalent in Swiss francs of one million two hundred and fifty thousand euros (EUR 1,250,000.00). If one or more sub-funds (as defined below) invests in shares of other sub-funds of the Company, the value of the relevant shares is not taken into account for the purposes of verifying the legal minimum capital.

The Board of Directors is authorized to issue shares at an issue price per share calculated in accordance with Article 26 of these Articles of Association at any time and without restriction, with no requirement to grant existing shareholders any right to purchase the new shares. The Board of Directors may transfer to any of its members, to a manager of the Company, or to any legally authorized person the authority to accept subscriptions and receive payments for these new shares and to deliver such shares.

Following a decision of the Board of Directors, such shares may belong to different asset divisions (“Sub-funds”) and, also following a decision of the Board of Directors, may be denominated in different currencies. The Board of Directors may also determine that, within a sub-fund, two or more classes of shares (“share class”) are to be issued with differing characteristics, such as a specific distribution or reinvestment policy, a specific fee structure or other specific characteristics as determined by the Board of Directors and set out in the statutory prospectus (“statutory prospectus”) or other prospectus (“prospectus”) issued by the Company.

In accordance with Article 3 of these Articles of Association, the proceeds from the issue of each sub-fund shall be invested in securities (including rights to securities, etc.; hereinafter “securities”) or in other liquid financial assets that correspond to the investment principles established by the Board of Directors for these sub-funds.

The Company may from time to time issue bonus shares by way of a stock split, which results in a decreased net asset value per share.

In determining the capital of the Company, the net asset value of each sub-fund not denominated in Swiss francs shall be converted into Swiss francs, such that the capital of the Company is equal to the total of all net asset values of all sub-funds expressed in Swiss francs.

Registered shares

Art. 6. The Board of Directors shall issue only registered shares. Bearer shares will not be issued.

No certificates will be issued with regard to the issued shares. If a shareholder requests a certificate, he is instead issued and sent a confirmation of ownership, the customary costs will be charged to him. The Company may issue confirmations of ownership in such form as the Board of Directors may determine in each case.

Fractional shares of shares may be issued, which will be rounded up or down in accordance with the provisions of the applicable statutory prospectus issued by the Company.

Shares shall be issued on acceptance of the subscription and subject to payment of the purchase price (in accordance with Article 26 of the Articles of Association). On request, subscribers shall receive a confirmation of their shares within the statutory deadlines.

Dividends to shareholders shall be paid to the address of the shareholder as it appears in the register of shareholders (“register”), or to an address supplied to the Company in writing.

All shareholders holding issued registered shares in the Company shall be included in the register, which shall be kept by the Company or by one or more persons/organizations appointed by the Board of Directors. The register shall contain the names of the shareholders, their place of domicile or usual residence, and the number, sub-fund and share class of the shares held. The transfer and redemption of registered shares will be entered in the register after payment of a usual fee as determined by the Company for registration of such information.

Shares shall not be subject to limitations with regard to transfer rights and claims in favour of the Company.

Shares shall be transferred by the recording of an entry in the register or, if applicable, upon physical delivery of the confirmations of ownership or certificates in respect of the shares (insofar as such have been issued), together with any transfer documentation considered necessary by the Company.

Any notices and announcements from the Company to the shareholders may be sent to the address entered in the register. In the event that a shareholder does not give his address, a corresponding note may be added to the register. Accordingly, the Company may proceed on the basis that the address of the shareholder is the registered office of the Company or some other address determined by the Company, until the shareholder gives a different address by means of a written notification. The shareholder may amend the address entered in the register at any time by giving written notification to the Company at its registered office or at an address determined by the Company.

In the event that fractions of shares are issued, such fractions of shares shall be entered in the register. Fractions of shares shall not give voting rights, but shall entitle the holder to a corresponding proportion of the dividends and liquidation proceeds, to the extent determined by the Company.

Restriction of share ownership

Art. 7. The Board of Directors shall have the authority to impose any restrictions (except restrictions on the transfer of shares) that it considers necessary in order to prevent a person (“excluded person” below) acquiring or holding shares in the Company or shares of a particular sub-fund and/or share class, under the following circumstances:

- a) if the person has violated the laws or regulations of a country and/or orders by the authorities or, according to the provisions of the statutory prospectus, is excluded from holding shares in the Company;
- b) in circumstances which in the opinion of the Board of Directors might result in the Company incurring any liability to taxation or suffering any other pecuniary disadvantage which the Company might not otherwise have incurred or suffered.

Accordingly, the Company may restrict or prohibit the holding of shares by an excluded person. In this connection the Company may:

- a) refuse to issue shares or to register transfers of shares until it has determined whether such issue or registration might cause the shares to be actually owned by a person who is excluded from ownership of shares in the Company;
- b) require at any time that persons registered by name submit to the register any information the Company considers necessary for the purpose of establishing whether the shares are or will be actually owned by a person who is excluded from ownership of shares in the Company;
- c) where it appears to the Company that any excluded person, either alone or in conjunction with any other person is a legal or actual owner of the shares, and if this person does not transfer these shares to an eligible person, the Company may compulsorily redeem from any such shareholder all shares held by such shareholder in the following manner:

(1) The Company shall serve notice (hereinafter called the “redemption notice”) to the shareholder bearing such shares, specifying the shares to be redeemed as described above, the price to be paid for such shares, and the place at which the redemption price for such shares is payable. Such redemption notice may be delivered to the shareholder by registered mail to the shareholder's address entered in the share register of the Company. The shareholder is thereupon required to return to the Company confirmations of ownership referred to in the redemption notice. Immediately after the close of business on the date specified in the redemption notice, such shareholder shall cease to have ownership rights over the shares named in the redemption notice and his name shall be deleted from the share register.

(2) The price (hereinafter “redemption price”) at which the shares detailed in the redemption notice are purchased, shall be equal to the net asset value of the shares per sub-fund and share class as calculated in accordance with Article 24 of these Articles of Association, less any applicable redemption fee in accordance with Article 22.

(3) The payment of the redemption price will be made to the shareholder appearing as the owner thereof in the currency of the relevant sub-fund or share class and will be deposited by the Company at a bank in Luxembourg or elsewhere (as specified in the redemption notice) for payment to such person but only upon surrender of any certificates or other proof of ownership acceptable to the Company. After deposit of this purchase price, the person will lose the rights which they possessed as set out in these Articles of Association and the statutory prospectus and all other rights to the shares, as well

as any claims against the Company or its assets. This does not include the right of the person who appears to be the eligible owner to receive the deposited redemption price (without interest) from the depository as described above.

(4) The exercise by the Company of the powers conferred by this Article shall not be questioned or invalidated in any case on the ground that there was insufficient evidence of ownership of shares by any person or that the actual and legal shareholder was not who the Company believed it to be on the date of the redemption notice, provided that said powers were exercised by the Company in good faith;

d) refuse to accept the vote of an excluded person in a shareholder meeting.

Rights of the General Meeting of Shareholders

Art. 8. Each duly convened General Meeting of Shareholders shall constitute the supreme body of the Company. Its resolutions shall be binding on all shareholders regardless of the sub-fund or share class, unless the resolutions encroach upon the rights of shareholders of a particular sub-fund or share class to hold separate meetings in accordance with the provisions below.

The General Meeting of Shareholders shall have far-reaching authority to arrange, execute and approve all legal acts relating to the transactions of the Company.

In the event that the Company only has one shareholder, the latter exercises all powers of the General Meeting.

General meeting

Art. 9. Under Luxembourg law, the annual General Meeting of Shareholders takes place at the registered office of the Company or at another location in Luxembourg specified in the invitation, on 20 October every year at 9:30 a.m. If this day is not a banking business day in Luxembourg, the General Meeting takes place on the following banking business day. The General Meeting may be held abroad if, in the opinion of the Board of Directors, exceptional circumstances so require.

Other meetings may be held, at the location and at the time specified in the corresponding invitation.

Separate Meetings of Shareholders

Art. 10. Separate meetings of shareholders holding shares in a particular sub-fund or share class may be convened at the request of the Board of Directors. The quorum and voting requirements laid down in Article 11 of these Articles of Association shall apply *mutatis mutandis*. A separate meeting of shareholders may pass resolutions on all matters relating to the applicable sub-fund or share class which are not reserved for the General Meeting or the Board of Directors under the law or these Articles of Association. Resolutions of separate meetings of shareholders shall not encroach upon the rights of shareholders holding shares in other sub-funds or share classes.

Quorum and voting requirements

Art. 11. Each share in a sub-fund or share class shall entitle the holder to a vote, regardless of the net asset value of the share, subject to the restrictions imposed by these Articles of Association or the law.

A shareholder may participate in any meeting of shareholders, or may be represented by another shareholder or another person on the basis of a proxy issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to any contrary provisions in law or under these Articles of Association, resolutions at a properly convened meeting of shareholders shall be passed by simple majority of the votes attending, or represented on the basis of a proxy, and cast. The Board of Directors may impose any further conditions that must be met by the shareholders in order for them to participate in meetings.

In the event that the Company only has a single shareholder, the latter exercises all rights to which the shareholders are entitled under the most recent version of the Luxembourg Law of 10 August 1915 ("Law of 1915") and these Articles of Association. Resolutions adopted by such a sole shareholder are to be recorded in minutes.

Invitations

Art. 12. The convening of General Meetings or separate meetings of shareholders shall be subject to the periods of notice and formalities laid down by law.

The General Meeting and other meetings of shareholders shall be convened by the Board of Directors by means of invitations containing the agenda. This is effected by registered mail at least eight (8) days before the General Meeting, whereby the legally required documents and information shall be sent to the shareholders shares along with the invitation. These documents will also be available for inspection at the Company's registered office fifteen (15) days before the General Meeting.

The invitation may provide that the quorum and majority requirements be determined on the basis of those shares issued and outstanding on the fifth day preceding the General Meeting at 12 a.m. midnight (Luxembourg time). The rights of shareholders to attend and vote at a General Meeting depend on their shareholdings at this time.

A General Meeting must be convened upon the request of shareholders representing at least one-tenth of the share capital.

In addition, one or more shareholders representing at least one-tenth of the share capital may request that a General Meeting be convened and that voting items be added to the agenda. The respective request must be sent by registered mail to the Company's registered office at least five (5) days before the General Meeting.

The Board of Directors

Art. 13. The Company shall be managed by the Board of Directors, composed of at least three members who need not be shareholders.

The members of the Board of Directors shall be elected by the shareholders at General Meeting for a period of up to six (6) years and they may be re-elected. Should the position of a member of the Board of Directors become vacant as a result of death, resignation or other cause, the remaining members of the Board of Directors may elect by simple majority a new member of the Board of Directors who will occupy the vacant position until the next General Meeting.

A member of the Board of Directors may be dismissed and/or replaced at any time with or without cause by a resolution of the shareholders. At the General Meeting, only a person who has hitherto served on the Board of Directors may be elected a member of the Board of Directors unless such person

(1) is proposed by the Board of Directors for election, or

(2) if a shareholder, who possesses full voting rights for the next General Meeting, which is to choose the Board of Directors, submits a written proposal to the chairman - or should that not be possible, to another member of the Board of Directors - no less than six and not more than 30 days before the date that has been scheduled for the General Meeting, that he will nominate a person other than himself for election or re-election along with written confirmation from such person indicating that he wishes to stand for election, although the chairman may resolve, with the unanimous approval of all shareholders present, to waive the requirement of the declarations referred to above and to propose the person so nominated for election.

Internal organization of the Board of Directors

Art. 14. The Board of Directors shall elect a Chairman from amongst its members, and, if required, one or more vice-chairmen. It may also appoint a secretary, who need not be a member of the Board of Directors and who is responsible for the minutes of the meetings of the Board of Directors and the General Meeting.

The chairman shall preside at all meetings of the Board of Directors. In his absence, the Board of Directors shall appoint another person as chairman pro tempore by vote of the majority present at any such meeting.

A meeting of the Board of Directors may be called by the chairman or by two members of the Board of Directors, and the invitation shall specify the location and give details of the agenda.

Written, telegraphic, electronic or fax invitations to a meeting of the Board of Directors shall be issued to all members no later than 24 hours before the meeting starts, with the exception of urgent circumstances, details of which shall be given in the invitation.

Unless otherwise provided herein, the Board of Directors is only competent at properly convened meetings.

The invitations to a meeting may be dispensed with if all the members of the Board of Directors have declared their agreement. No notice shall be required for meetings held on dates previously determined by resolution of the Board of Directors.

Each member of the Board of Directors shall be entitled to be represented in a meeting of the Board of Directors by another member of the Board of Directors. The proxy shall be issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to the exceptions set out below, the Board of Directors may only consult or pass resolutions with legal force if at least half of its members are present or represented; participation by telephone or by video conference or in any other form as decided on by the Board of Directors is permitted. Decisions shall be taken by a majority of the votes of the members of the Board of Directors present or represented at a meeting. The chairman of the Board of Directors shall have the casting vote if the number of votes cast is the same.

The members of the Board of Directors may also pass a resolution by circular, through written approval indicated on one or more documents with identical wording.

The Board of Directors may also appoint individual members of the Board of Directors or third parties to carry out all or part of the day-to-day management or representation of the Company with the powers decided by the Board of Directors. Such appointments may be revoked at any time by the Board of Directors.

Where appropriate in its view, the Board of Directors may also transfer certain authorities and powers to a body composed of persons it appoints (whether they are members of the Board of Directors or third parties).

Minutes of the meetings of the Board of Directors

Art. 15. The minutes of each meeting of the Board of Directors shall be signed by the chairman and by one other member of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors. Copies or extracts from such minutes produced for legal proceedings or other legal purposes shall be signed by the chairman of the Board of Directors or by two members of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors and one member of the Board of Directors.

Determining the investment policy

Art. 16. The Board of Directors shall have the authority to execute any administrative actions and orders in the interests of the Company that are not expressly reserved for the General Meeting of Shareholders by law or under these Articles of Association.

With the exception of those matters which the Articles of Association reserve for the shareholders at the General Meeting, and subject to the above restrictions, the Board of Directors shall have the authority, in particular, to determine the investment policy for each sub-fund, in accordance with the principle of risk diversification while observing any investment restrictions laid down by law, regulations and decisions of the Board of Directors.

The Board of Directors of the Company may determine that the assets of the Company will be invested as follows:

a) In transferable securities and money market instruments:

- that are listed to or traded on a regulated market (as defined in Directive 2004/39/EC);
- that are traded on another regulated market in a member state of the European Union (“EU”) which is recognized, open to the public, and which operates regularly;
- that are officially listed on a stock exchange in a third country or traded on another regulated market of a third country that is recognized, open to the public and operates regularly. In this context, “third country” means all countries in Europe not belonging to the EU and all countries of North and South America, Africa, Asia and the Pacific Basin.

b) In securities and money market instruments resulting from new issues, provided the terms of issue contain an undertaking that an application will be made for admission to official listing on a stock exchange or other regulated market as described under a), that is recognized, open to the public and operates regularly, and that admission be obtained no later than one year after the date of issue.

c) In shares of Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities (“UCITS”) and/or other Undertakings for Collective Investment (“UCI”), permitted in accordance with Directive 2009/65/EC, within the meaning of Article 1 (2) first and second indents of Directive 2009/65/EC, having their registered office in a member state of the European Union or a third country, provided that:

- such other UCI have been permitted in accordance with legal requirements which submit them to prudential supervision considered by the Commission de Surveillance du Secteur Financier (“CSSF”) to be equivalent to that required under EU community law and that there is a sufficient guarantee of cooperation between the authorities;
- the level of protection of shareholders of such other UCI is equivalent to the level of protection of shareholders of a UCITS, and in particular that the requirements for segregation of the fund’s assets, borrowing, lending and uncovered sales of transferable securities and money market instruments are equivalent to the requirements of Directive 2009/65/EC;
- the business activities of the other UCI are subject to semi-annual and annual reports which allow an assessment of the assets, liabilities, income and transactions over the reporting period;
- the UCITS or such other UCI whose shares are to be acquired may invest no more than a total of 10% of its assets in shares of other UCITS or UCI, in accordance with its incorporation documents.

d) In sight deposits or deposits repayable on demand with a duration of no more than twelve months at qualified credit institutions whose registered office is located in a member state of the EU, in a member state of the OECD or in a country that has ratified the resolutions of the Financial Actions Task Force (“FATF” or Groupe d’Action Financière Internationale “GAFI”) (a “qualified credit institution”).

e) In money market instruments that are not traded on a regulated market and fall under the definition in Article 1 of the Law of 2010, if the issue or the issuer of such instruments are themselves subject to regulations concerning savings and investor protection, and provided they are:

- issued or guaranteed by a central governmental, regional or local authority or the central bank of an EU member state, the European Central Bank, the EU or the European Investment Bank, a third country or, in the case of a federal state, one of the members making up the federation, or by a public international institution to which at least one EU member state belongs, or
- issued by an undertaking whose securities are traded on the regulated markets referred to under a) above; or
- issued or guaranteed by an establishment subject to prudential supervision according to the criteria defined by EU community law, or by an establishment which is subject to and complies with prudential rules which in the opinion of the CSSF are at least as stringent as those under EU community law; or
- issued by other issuers belonging to a category approved by the CSSF, provided investments in such instruments are subject to investor protection regulations equivalent to those of the first, second or third indent and provided the issuer is a company with own funds of at least ten (10) million euros which presents and publishes its annual accounts in accordance with the requirements of the 4th Directive 78/660/EEC, or is an entity within a group of companies comprising one or more companies listed on a stock exchange which is dedicated to the financing of that group, or is an entity which is dedicated to the financing of the securitisation of liabilities by use of a credit line granted by a bank.

f) In derivatives including equivalent cash-settled instruments traded on a regulated market as referred to in a) and/or derivatives that are not traded on an exchange (“over the counter” or “OTC derivatives”), provided that:

- the underlying securities are instruments within the meaning of Article 41 (1) of the Law of 2010, financial indices, interest rates, exchange rates or currencies in which the Company may invest according to its investment objectives,
- the counterparties in transactions with OTC derivatives are institutions subject to prudential supervision belonging to the categories approved by the CSSF and
- the OTC derivatives are subject to reliable and verifiable valuation on a daily basis and can be sold at their fair value at any time on the initiative of the Company, liquidated or closed by an offsetting transaction.

The Company may, however, invest up to 10% of the net asset value of any sub-fund in securities and money market instruments other than those mentioned under a) to e) as well as up to 10% of the net asset value of any sub-fund in target funds (i.e., shares in UCITS and/or other UCIs within the meaning of c) above) if the statutory prospectus does not expressly permit greater investments in target funds in the relevant specific section.

However, in accordance with chapter 9 of the Law of 2010 and under the conditions set forth therein, the Board of Directors may decide that a sub-fund (“feeder”) invests at least 85% of its assets in shares of another UCITS (or a sub-fund of a UCITS), which is allowed under EU Directive 2009/65/EC, and which is not itself a feeder and holds no shares of a feeder. This option only exists when it is expressly mentioned in the statutory prospectus accordingly.

The Company may invest up to 10% of the net asset value of any sub-fund in securities or money market instruments of one and the same issuer. The Company may invest up to 20% of the net asset value of any sub-fund in deposits with one and the same institution.

The limit mentioned in the first sentence of the previous paragraph shall be increased to 35% if the securities or money market instruments are issued or guaranteed by an EU member state or its local authorities, by a third country or by public international institutions to which one or more EU member states belong.

In derogation of the paragraphs above, the Company is empowered, acting in accordance with the principle of risk diversification, to invest up to 100% of the net asset value per a sub-fund in different issues of securities and money market instruments which are issued or guaranteed by an EU member state or its territorial authorities, by a member state of the OECD or by international public institutions to which one or more EU member states belong, subject to the proviso that the sub-fund must hold securities and money market instruments from at least six different issues; securities and money market instruments from a single issue may account for no more than 30% of the net asset value of the sub-fund.

If multiple sub-funds exist, in accordance with the provisions set out in Article 181 (8) of the Law of 2010, one sub-fund may invest in other sub-funds of the Company.

In addition, the Company shall comply with all further restrictions defined by the prudential authorities of those countries in which shares are admitted for public offering.

In the event that any amendment made to the Law of 2010 should result in significant differences, the Board of Directors may determine that such new provisions should apply.

Pooling and “co-management”

Art. 17. The assets of a sub-fund may be managed by use of “pooling.”

In such case, the assets of a number of sub-funds are managed together. These assets are described as a “pool”, whereby such “pools” are only used for internal management purposes. The “pools” have no separate legal identity and they are not directly accessible to shareholders. Every sub-fund which is managed together with other sub-funds is assigned its specific assets for accounting purposes.

In cases where the assets of one or more sub-funds are managed together, the assets allocated to each of the participating sub-funds are determined on the basis of the initial allocation of assets to the “pool,” and they will be amended in the event of additional subscriptions or redemptions in proportion to such subscriptions and redemptions.

The claims of each participating sub-fund to the jointly managed assets shall be applicable to each and every investment in the “pool.”

Additional investments made in the name of the jointly managed sub-funds shall be allocated to the sub-funds on the basis of their respective rights, and any assets that are sold are withdrawn from the relevant assets of each participating sub-fund on the same basis.

Furthermore, insofar as is compatible with the investment policy of the relevant sub-funds, the Board of Directors may determine, with a view to ensuring efficient management, that all or part of the assets of one or more sub-funds will be managed jointly with the assets of other undertakings for collective investment through a “co-management” arrangement, as described in the statutory prospectus. In this case the above regulations apply *mutatis mutandis*.

Conflicts of interest

Art. 18. No contract or other transaction between the Company and any other company or organization shall be impaired or rendered invalid by the fact that one or more members of the Board of Directors or managers of the Company are involved in another company as a member of the board of directors, shareholder, manager or employee, or otherwise personally involved in such company or organization.

Any member of the Board of Directors or any other body of the Company acting as a member of the board of directors, shareholder, manager or employee in another company or organization that is entering into a contractual relationship with

the Company or transacting any other business with it, shall not be prevented by such connection with the other company or organization from acting for the Company and deciding on its legal transactions.

If a member of the Board of Directors or a manager of the Company has a personal interest in a transaction of the Company, he shall declare such personal interest to the Board of Directors, and shall not be involved in deliberating on and voting on the transaction. Such legal transactions and interests of a member of the Board of Directors or a manager shall be disclosed at the next General Meeting.

In the event the Company only has a single shareholder, the foregoing paragraph is not applicable, but rather the transactions with its board member, in the event he has an interest contrary to that of the Company, will merely be noted on the record.

The above provisions do not apply if the transactions in question are executed as part of day-to-day business operations at standard terms.

Indemnity

Art. 19. The Company shall indemnify each member of the Board of Directors and each manager, or his heirs, executors and administrators, against all costs reasonably incurred in connection with any legal dispute/action or judicial proceedings in which he becomes involved in his capacity as current or former member of the Board of Directors, as manager of the Company, or at the request of the Company as a result of a function performed at another organization with which the Company has a contractual relationship or of which he is a creditor, unless he is not indemnified against all responsibility in respect of such legal dispute or action. This provision excludes incidents in respect of which there is a legal finding of gross negligence or poor management against them resulting from an action or legal process. In the event of settlement, compensation shall be paid only in respect of matters covered by the settlement and with regard to which the Company obtains confirmation from its lawyers that there has been no violation of duties by the liable person. The above indemnity rights shall not exclude other rights to which the above persons have a justified claim.

Representation

Art. 20. In order to place the Company under an obligation, the joint signatures of two members of the Board of Directors of the Company shall be required or, provided the Board of Directors has made the corresponding resolutions, the joint signatures of one member of the Board of Directors and a manager, a holder of general commercial power of attorney or other holder of power of attorney, or else by the individual or joint signature of such authorized person for specific individual transactions or areas of business for which the appropriate authority has been issued by a resolution of the Board of Directors or by two members of the Board of Directors.

Auditors

Art. 21. The General Meeting of the Company shall appoint an auditor (“réviseur d'entreprise agréé”), who shall perform the duties described in Article 154 of the Law of 2010 in respect of the Company.

Redemption and switching of shares

Art. 22.

Redemption

As set forth in detail below, the Company is entitled to redeem its shares at any time, subject to the statutory restrictions with regard to the minimum capital.

All shareholders may request that the Company redeem all or some of their shares, subject to deferral of redemption (as defined below).

The Board of Directors may resolve to defer the redemption or switching of shares if the Company receives redemption or switching applications on a valuation day or over a period of several valuation days defined in the prospectus which exceed a percentage defined in the prospectus of outstanding shares in a sub-fund. The Board of Directors will define the maximum deferral period in the prospectus. Such applications for redemption or switching shall have priority with respect to applications received subsequently.

Unless otherwise provided in the statutory prospectus, the redemption price shall be paid no later than five Luxembourg banking business days after the applicable valuation day. The redemption price is calculated on the basis of the net asset value per share in the relevant sub-fund or the relevant share class in accordance with the provisions of Article 24 of these Articles of Association, less a redemption fee which is decided on by the Board of Directors and set out in the statutory prospectus.

If, as a result of exceptional circumstances, the liquid funds of the assets of a sub-fund are insufficient to pay the redemption price within the above period, payment shall be made as soon as possible, but without any interest payments where this is legally permissible.

The application for redemption of shares is to be sent by the shareholder in writing directly to the Company or to one of the distributors by a point in time prior to the valuation day on which the shares are to be redeemed as stipulated in the statutory prospectus. A correctly submitted application for redemption is irrevocable, except in the case of and during the period of a suspension or postponement of redemptions. All redeemed shares are cancelled.

Switching

In principle, each shareholder may apply to switch some or all of his shares for shares in another sub-fund on a valuation day applicable to both sub-funds or switch shares within a sub-fund between different share classes in accordance with the switching formula set forth in the statutory prospectus and with the principles and restrictions, if any, laid down by the Board of Directors in respect of each sub-fund.

The Board of Directors is entitled to impose restrictions and conditions on the switching of shares of one sub-fund into shares of another sub-fund or, within a sub-fund, into other share classes; such restrictions and conditions will be set out in the applicable statutory prospectus. In particular, the Board of Directors may:

- limit the frequency of switching applications;
- apply a fee to the switching of share classes or of shares for shares in other sub-funds;
- exclude the switching of share classes within the same sub-fund.

Liquidation

If, for whatever reason, the net asset value of the assets in a sub-fund falls below or fails to reach a certain amount set by the Board of Directors as the appropriate minimum asset level for the sub-fund in question, or if the Board of Directors regards it as appropriate because of changes in economic or political circumstances which have an influence on the sub-fund in question, or if it is in the interests of shareholders, the Board of Directors may redeem all (but not just some) shares in the relevant sub-fund at a redemption price which reflects the anticipated sale and liquidation costs for closing the relevant sub-fund, but without otherwise charging a redemption fee.

The liquidation of a sub-fund associated with the compulsory redemption of all affected shares for reasons other than those mentioned in previous paragraph may only be carried out with the prior agreement of the shareholders in the sub-fund to be liquidated at a separate meeting of shareholders in the sub-fund in question that is convened in accordance with the regulations, may be effectively held without a quorum and at which a majority of 50% of the shares present in person or by representation may decide.

If a sub-fund is the feeder of another UCITS (or a sub-fund thereof), the merger or liquidation of this other UCITS (or its sub-funds) leads to the liquidation of the feeder, unless, with the approval of the supervisory authority, the feeder changes its investment policy in the context of the limits of Part 1 of the Law of 2010. This option only exists when it is expressly mentioned in the statutory prospectus.

Liquidation proceeds which could not be paid to the shareholders on conclusion of the liquidation of a sub-fund will be deposited with the Caisse de Consignation in Luxembourg and will become void after thirty (30) years.

The Company is required to notify the shareholders of the liquidation. Such notice will fundamentally be provided by letter and also, if applicable, in any form prescribed by the applicable law of a state in which the shares are sold.

Merger

The Board of Directors may also merge any sub-fund with another sub-fund of the Company or with another UCITS in accordance with Directive 2009/65/EC or another sub-fund of such.

A merger adopted by the Board of Directors, which is to be carried out in accordance with the provisions of Chapter 8 of the Law of 2010, is binding for the shareholders of the relevant sub-fund after the expiry of a thirty day period after the relevant shareholders have been notified of this merger. This notice shall end five (5) banking business days before the valuation day relevant for the merger. The Company is required to notify the shareholders of the merger. Such notification will be made by letter and/or, where applicable, in the form stipulated by the applicable law of the countries in which the shares are distributed.

Shareholders requesting redemption of their shares during this period may not be charged a redemption fee with the exception of the amounts retained by the Company to cover costs connected with divestments.

A merger of one or more sub-funds as a result of which the Company ceases to exist must be decided the General Meeting and recorded by the notary. No quorum is required for such decisions; a simple majority of the shareholders present or represented shall suffice.

Valuations and the suspension of valuations

Art. 23. The net asset value of the Company, the net asset value per share of each sub-fund and, where applicable, the net asset value of the share classes issued within a sub-fund (“together net asset value”), are calculated in the relevant currency on every valuation day - as defined hereinafter - except in the circumstances of suspension described below. The valuation day for each sub-fund is any banking business day in Luxembourg that is not a customary public holiday for the stock exchanges or other markets forming the basis of valuation for a substantial part of the net asset value of the sub-fund concerned, as determined by the Company, unless otherwise provided for in the statutory prospectus in regard to a specific sub-fund. However, a valuation date must be established at least twice monthly on a banking day in Luxembourg.

The Company may temporarily suspend the calculation of the net asset value of each sub-fund and the issue, redemption and switching of shares within this sub-fund, as well as the switching from and into shares of a sub-fund, in the following circumstances:

- a) if one or more stock exchanges or other markets forming the basis of valuation for a substantial part of the net asset value (except on customary public holidays) is closed or if trading is suspended; or

b) if in the opinion of the Board of Directors it is impossible to sell or to value assets as a result of particular circumstances; or

c) if the communication technology normally used in determining the price of a security of this sub-fund fails or provides only partial functionality; or

d) if the transfer of moneys for the purchase or sale of Company's assets is impossible; or

e) if a sub-fund is a feeder of another UCITS (or a sub-fund thereof), if and as long as this other UCITS (or its sub-funds) temporarily suspends the issue or redemption of its shares; or

f) in the event of a merger of one sub-fund with another sub-fund or with another UCITS (or a sub-fund thereof), provided that this appears justified for the purposes of protecting the shareholders; or

g) if, because of unforeseen circumstances, a large number of redemption applications have been received and the interests of the shareholders remaining in the sub-fund are thereby endangered in the view of the Board of Directors; or

h) in the case of a resolution to liquidate the Company: on or after the date of publication of the first calling of a General Meeting of Shareholders for the purpose of such resolution.

The Company shall suspend the issue, redemption and switching of shares without delay as soon as an event resulting in liquidation occurs or after the receipt of a corresponding direction from CSSF.

Shareholders, who have offered their shares for redemption or switching, shall be notified of any suspension in writing within seven days of such suspension, and immediately of the ending of such suspension.

The suspension of the issue, redemption and switching of shares in any one sub-fund shall not affect the calculation of the net asset value or the issue, redemption and switching of shares in the other sub-funds.

Calculation of net asset value

Art. 24. The net asset value per share of each sub-fund and, where applicable, the net asset value of the share classes issued within a sub-fund, are determined in the relevant currency on each valuation day by dividing the total net asset value of the assets of the sub-fund or share class in question by the number of the outstanding shares in that sub-fund or share class. The total net asset value of the sub-fund or share class in question represents the market value of the assets contained in it, less the liabilities.

Calculation rules

Art. 25. The calculation of the net asset values of the various sub-funds shall be carried out as follows:

(A) Assets

The assets of the Company include the following:

a) all available cash holdings or cash in accounts, plus interest accrued;

b) all bills of exchange and other sight deposits (including proceeds from the sale of securities not yet credited);

c) all securities (shares, fixed-interest and variable-rate securities, stocks, option or subscription rights, warrants and other investments and securities in the possession of the Company);

d) all dividends and distributions due to the Company in cash or in kind, to the extent known to the Company; on condition that the Company must adjust the valuation changes for the market value of securities due to trading practices such as the trading of ex-dividends or ex-subscription rights;

e) all interest accrued on interest-bearing securities held by the Company, where such interest does not form part of the principal claim;

f) all financial rights arising from the use of derivative instruments;

g) the provisional expenses of the Company, where they have not been written off, on condition that it is permitted to write off such provisional expenses directly against the capital of the Company; and

h) all other assets of all kinds and compositions, including expenses paid in advance.

The value of the above assets shall be determined as follows:

1) The value of freely available cash holdings, deposits, bills of exchange and sight deposits, expenses paid in advance, cash dividends and interest as per confirmation or accrued but not received, as described above, shall be calculated at the full amount, unless for some reason payment is not likely or is only recoverable in part, in which case the value shall be determined after deducting an amount at the discretion of the Board of Directors, with the aim of determining the effective value.

2) Securities in the assets that are officially listed on a stock exchange or traded on another regulated market shall be valued using the latest available price on the principal market on which the securities are traded. The services of an information agency approved by the Board of Directors may be used. The valuation of securities whose listing price is not representative and all other approved assets (including securities not listed on a stock exchange or traded on a regulated market) is based on their probable realization price determined with care and in good faith by or under the supervision of Company.

3) All assets and liabilities in a currency other than that of the sub-fund in question are converted into the currency of the sub-fund using an exchange rate supplied by a bank or other responsible financial institution at the time of valuation.

4) Shares issued by open-ended UCIs are valued at their last available net asset value. In derogation of this, open-ended UCIs which also qualify as Exchange Traded Funds (ETF) are valued at their closing price on the exchange on which they are listed.

5) The market value of futures, forwards or options contracts that are not traded on a stock exchange or other organised market is determined according to the guidelines laid down by the Board of Directors and in a consistent manner. The market value of futures, forwards or options contracts that are traded on a stock exchange or other organised market is determined on the basis of the last available settlement price for the contracts on stock exchanges and organised markets on which futures, forwards or options contracts of this type are traded, with the proviso that, in the case of futures, forwards or options contracts that could not be sold on a valuation day, the market value of this contract shall be determined on the basis of a value which the Board of Directors deems reasonable and appropriate.

6) Liquid assets and money market instruments may be valued at their respective nominal value plus accrued interest or after deduction of pre-scheduled depreciation of historic costs. The latter valuation method may cause the value to differ temporarily from the price which the Company would receive upon sale of the investment. The Company shall monitor this valuation method and, if necessary, recommend changes to ensure that these assets are valued in at their appropriate value, determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If the Company is of the opinion that a deviation from the scheduled depreciation of historic costs per share would lead to significant dilution or other unjustified effects on the shareholders, it shall make such corrections as it sees fit to prevent or limit dilution or unjustified effects, in so far as this is reasonably possible.

7) The swap transactions are regularly valued on the basis of the valuations received from the swap counterparty. The values can be the bid, offer or mid-price, as determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If, in the opinion of the Board of Directors, these values do not reflect the appropriate market value for the relevant swap transactions, the value of the swap transactions will be ascertained by the Board of Directors in good faith or in accordance with another method which appears suitable to the Board of Directors at its own discretion.

8) If, as a result of particular circumstances, such as hidden credit risk, a valuation that cannot be carried out on the basis of the above rules or is incorrect, the Company is entitled to apply other generally recognized valuation rules, which can be scrutinized by auditors, in order to arrive at a reasonable valuation of the assets.

(B) Liabilities

The liabilities of the Company shall include the following:

a) all borrowing, bills of exchange and other payable amounts; including deposits lodged as security, for example margin accounts, etc. in connection with the use of derivative instruments;

b) all due/accrued administrative expenses including the costs associated with formation and registration with the government agencies, and legal fees, auditor's fees, all fees or remuneration of the investment advisers, investment managers, custodian, distributors and other representatives and agents of the Company, the costs of statutory notices and the statutory prospectus, the financial reports and other documents made available to shareholders. If the fee rates for such services, as agreed between the Company and the appointed service providers such as investment advisers, investment managers, sales advisers or the custodian, differs from one sub-fund to another, the varying fees shall only apply to the respective sub-funds. Marketing and advertising expenses may only be charged to a sub-fund in isolated cases following a decision of the Board of Directors; and

c) all known liabilities, present and future, including any dividend declared but not yet paid; and

d) an appropriate amount set aside for taxes, calculated on the day of valuation, and other accruals or reserves authorized by the Board of Directors; and

e) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature towards third parties.

Any liability of whatsoever kind and nature towards third parties shall be restricted to the respective sub-fund(s).

For the purpose of calculating its liabilities, the Company may include all administrative and other expenses that are regular or periodic in nature by calculating a total amount for the year or other period, and then dividing the amount proportionally to the relevant period. This method of calculation may only be applied to administrative and other expenses affecting all sub-funds equally.

(C) Classification of assets and liabilities

For each sub-fund, the Board of Directors shall establish an asset division as follows:

a) In the accounts of the Company, the proceeds from the allocation and issue of shares of each sub-fund shall be allocated to the asset division for which the sub-fund has been opened, and the corresponding assets and liabilities, in addition to income and expenditure, shall be allocated to this asset division in accordance with the guidelines in this article.

b) If an asset has been derived from another asset, the asset thus derived shall be allocated in the Company's accounts to the same sub-fund as the asset from which it derives, and whenever an asset is revalued, any increase/loss in value shall be allocated to the relevant sub-fund.

c) If the Company has assumed a liability that relates to any asset in a particular sub-fund or to any activity in connection with an asset in a particular sub-fund, the liability shall be allocated to the sub-fund in question.

d) If an asset or liability of the Company cannot be regarded as having a particular value to be allocated to a particular sub-fund, and it does not affect all sub-funds equally, the Board of Directors may allocate such an asset or liability in good faith.

e) From the date on which a dividend is declared for a sub-fund, the net asset value of the sub-fund shall be reduced by the amount of the dividend, however, always subject to the rules governing the sale and redemption price of the shares of each sub-fund as set out in these Articles of Association.

(D) General provisions

For the purposes of valuation in the context of this article, the following shall apply:

a) Shares redeemed in accordance with Article 22 of these Articles of Association shall be treated and registered as existing until just after the time, determined by the Board of Directors or its authorized representative, at which such valuation is carried out, and from this time until the price has been paid, they shall be treated as a liability of the Company;

b) all investments, cash holdings and other assets of any sub-fund in a currency other than the currency of the sub-fund in question, shall be converted on the basis of their market value, using the exchange rate applicable on the date of the net asset valuation; and

c) on each valuation day, all purchases and sales of securities contracted by the Company on that valuation day shall be included in the valuation, to the extent possible.

Selling price and redemption price

Art. 26. Whenever the Company offers shares for subscription, the price of the shares offered is to be based on the net asset value (as defined above) for the relevant sub-fund or relevant share class, and if applicable, increased by the amount of a sales fee as determined by the Board of Directors and indicated in the applicable statutory prospectus of the Company. The sales fee is to be paid wholly or in part to the distributors or to the Company. Such sales fees are based on the applicable laws and must not exceed a maximum determined by the Board of Directors. The sales fee may differ for each sub-fund or share class, but, within a sub-fund or a share class, all subscription applications on the same issue date must be treated equally insofar as the applicable sales fee will be paid to the Company. The price arrived at in this way (“selling price”) shall be paid within a period determined by the Board of Directors, which shall not exceed seven Luxembourg banking business days from the allocation of shares, unless otherwise provided for in the statutory prospectus. In exceptional cases, upon approval of the Board of Directors and subject to all applicable laws and the selling price may be paid in such a way that securities are transferred to Company by the purchaser in accordance with the investment policy and investment restrictions. This is done in particular by way of a special valuation of the relevant contribution in kind that is confirmed by the auditor.

For any redemption of shares, the share price at which the shares will be redeemed will be calculated on the basis of the net asset value of the relevant sub-fund or relevant share class, and if applicable, reduced by a redemption fee as determined by the Board of Directors and indicated in the applicable statutory prospectus of the Company. The redemption fee is to be paid wholly or in part to the distribution agents. This redemption fee may differ for each sub-fund or share class. The price arrived at in this way (“Redemption Price”) shall be paid in accordance with Article 22 of these Articles of Association.

In special cases the redemption price may also be paid at the request of or with the approval of the relevant shareholder by means of a distribution in kind, the valuation of which must be confirmed by the company’s auditor and with regard to which the equal treatment of all shareholders must be assured.

In the event the statutory prospectus so provides, the selling price or the redemption price may be established using the so-called “swing pricing” pricing method. In such cases, the selling price or redemption price corresponds to a standard price that is arrived at by modifying the net asset value as follows: The net subscriptions or the net redemptions are determined for each valuation date. On each valuation date, the net asset value is then increased or reduced by the costs resulting on average from the investment of the net subscriptions or the sale of investments as a result of net redemptions.

Financial year

Art. 27. The financial year of the Company begins on 1 July and ends on 30 June of the following year.

The annual reports of the Company shall be consolidated in Swiss francs. If, as provided in Article 5, sub-funds contain assets denominated in currencies other than Swiss francs, the amounts shall be converted into Swiss francs and shall be shown in Swiss francs in the consolidated, audited annual report, including the balance sheet and the profit and loss account to be made available to all shareholders together with the report of the Board of Directors 15 days before each General Meeting.

Distribution of profits

Art. 28. At the request of the Board of Directors, the separate meetings of shareholders of the individual sub-funds decide each year on the dividends to be distributed by the Company. The Company may make distributions insofar as capital does not fall below the minimum capital of Company as defined in Article 5 above.

If dividends are declared for the distributing shares of a sub-fund, the selling and redemption prices of the distributing shares of the sub-fund in question shall be adjusted accordingly. In the case of accumulating shares, no dividends are distributed. Instead, the amount accruing to accumulating shares shall be reinvested for the benefit of the shareholders.

Interim distributions may be made at any time by decision of the Board of Directors, insofar as capital is does not fall below the minimum capital of the Company as defined in Article 5 above.

Where dividends are declared, they shall generally be paid in the currency of the relevant sub-fund, although it may be paid in another currency determined by the Board of Directors, which shall also determine the locations and times of payment. The Board of Directors may set the exchange rate used to convert the dividend amounts into the currency in which they are paid.

Proceeds from liquidation

Art. 29. If the Company is wound up, the liquidation shall be conducted by one or more liquidators appointed by the General Meeting, which shall decide on the question of liquidation and which shall determine the respective proxy powers and remuneration. The net proceeds from liquidation, in regard to each sub-fund or each share class, shall be divided among the shareholders in each sub-fund and share class in proportion to the shares held in the respective sub-fund/share class.

Amendment to the Articles of Association

Art. 30. These Articles of Association may be amended or supplemented by a resolution of the shareholders of the Company, provided the quorum and majority requirements laid down in the Law of 1915 are observed in the voting. Any alteration of the rights of shareholders in one sub-fund compared with the rights of shareholders in another sub-fund shall only be permissible if the requirements relating to amendments to the Articles of Association provided for in the Law of 1915 are adhered to within the affected sub-fund.

Reference to applicable law

Art. 31. All matters not dealt with by these Articles of Association are governed by the Law of 1915 and the Law of 2010.

Im Falle von Abweichungen zwischen dem deutschen und dem englischen Text, hat die deutsche Fassung Vorrang.

Worüber Urkunde aufgenommen und geschlossen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung alles Vorstehenden an die Komparenten, welche alle dem Notar nach Namen, Vornamen, Stand und Wohnort bekannt sind, haben alle mit Uns, Notar, die gegenwärtige Urkunde, unterschrieben.

Gezeichnet: P. EBER-DANNHAUER, S. THIER, N. KRUSE und H. HELLINCKX.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 1, le 18 décembre 2015. Relation: 1LAC/2015/40668. Reçu soixante-quinze euros (75,- EUR).

Le Receveur (signé): P. MOLLING.

FÜR GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG, der Gesellschaft auf Begehrt erteilt.

Luxemburg, den 12. Januar 2016.

Référence de publication: 2016050517/1438.

(160008866) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 janvier 2016.

Lyreco Luxembourg, Société Anonyme.

Siège social: L-8399 Windhof, 13, rue de l'Industrie.

R.C.S. Luxembourg B 38.924.

Les statuts coordonnés suivant l'acte n° 1390 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015184808/9.

(150205909) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

SynerTrade S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 6, rue Guillaume Schneider.

R.C.S. Luxembourg B 114.106.

EXTRAIT

Il résulte du procès-verbal de l'assemblée générale ordinaire tenue en date du 30 juillet 2015 que:

1. Les démissions de Monsieur Adrien LEVY, Monsieur Thierry DE CASSAN FLOYRAC, Monsieur Hugo TRÜTSCH, Monsieur Eberhard AUST, Monsieur Wolfe W. Diener et Monsieur Didier Picot, avec effet au 30 juillet 2015 en tant qu'Administrateurs de la Société ont été acceptées.

2. Ont été nommés administrateurs de la Société, avec effet au 30 juillet 2015 et ce jusqu'à l'assemblée générale qui se tiendra en l'année 2021:

- Monsieur Georges Croix, né à Paris (France) le 13 février 1957, résidant au 1, rue Salomon Reinach, 78100 Saint-Germain-en-Laye, (France);

- Monsieur Gilles Florentin, né à Paris (France) le 03 avril 1960, résidant au 3, impasse des Erables, 34170 Castelnau-Le-Lez, (France);

- Monsieur David Sillon, né à Paris (France) le 21 février 1976, résidant au 44, boulevard Orano, 75018 Paris, (France);

- Monsieur Olivier Clément, né à Bourg-La-Reine (France) le 22 mars 1966, résidant au 8, rue du Site, 92350 Le Plessis-Robinson, (France) et

- Monsieur Philippe Gauthier, né à Tours (France) le 12 mars 1970, résidant au 2, rue de Reuil, 92310 Sevres (France).

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil Spécial des Sociétés et Associations.

Pour extrait conforme

Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185631/25.

(150206987) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

SL Lux S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2227 Luxembourg, 29, avenue de la Porte-Neuve.

R.C.S. Luxembourg B 147.505.

Extrait des résolutions prises par l'actionnaire unique en date du 16 octobre 2015

L'actionnaire unique décide de renouveler le mandat d'administrateur de:

- M. Pierre Stemper, président du conseil d'administration;

- Mme Christelle Rétif;

- M. Naïm Gjonaj;

- M. Christian Mogge;

- M. Maximilian Kastka.

L'actionnaire unique décide de renouveler le mandat de la société Ernst & Young S.A., ayant son siège social au 7, rue Gabriel Lippmann, Parc d'Activité Syrdall 2, L-5365 Munsbach, aux fonctions de réviseur d'entreprises agréé.

Les mandats des administrateurs et du réviseur d'entreprises agréé ainsi nommés viendront à échéance à l'issue de l'assemblée générale annuelle approuvant les comptes annuels au 31 décembre 2015.

Pour extrait conforme

SL Lux S.A.

Référence de publication: 2015185653/20.

(150206544) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Speld II S.A., Société Anonyme.

Capital social: EUR 2.252.950,00.

Siège social: L-1420 Luxembourg, 5, avenue Gaston Diderich.

R.C.S. Luxembourg B 171.628.

Extrait de l'assemblée générale ordinaire des actionnaires de la Société SPELD II S.A. qui s'est tenue à Luxembourg le 6 novembre 2015.

Omissis

Septième résolution:

L'assemblée générale décide de nommer Monsieur Marco Sterzi, né le 10 novembre 1964 à Milan, Italie et résident professionnellement au 5, Avenue Gaston Diderich, L-1420 Luxembourg, nouvel administrateur en remplacement de Julien Nicaud.

Le mandat de Monsieur Sterzi prendra fin lors de l'assemblée générale annuelle qui se tiendra en 2017.

Luxembourg, le 6 novembre 2015.

Pour copie conforme

Pour le conseil d'administration

Xavier Mangiullo

Administrateur

Référence de publication: 2015185663/21.

(150207082) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Sun Bond S.A., Société Anonyme.
R.C.S. Luxembourg B 145.327.

—
LIQUIDATION JUDICIAIRE

Par jugement du 12 novembre 2015, le Tribunal d'Arrondissement de et à Luxembourg, VI^{ème} section, siégeant en matière commerciale, a déclaré dissoute et a ordonné la liquidation judiciaire de la société anonyme SUN BOND S.A., avec siège social à L-2520 LUXEMBOURG, 1, Allée Scheffèr, dénoncé en date du 16 mai 2012.

Ledit jugement ordonne aux créanciers de faire la déclaration du montant de leurs créances avant le 03 décembre 2015 au greffe de la sixième chambre de ce Tribunal.

Pour extrait conforme
Me Anne SCHREINER
Le liquidateur

Référence de publication: 2015185669/15.

(150206806) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Supreme Entertainment S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-2453 Luxembourg, 6, rue Eugène Ruppert.
R.C.S. Luxembourg B 116.232.

—
Extrait des décisions prises par l'assemblée générale en date du 3 novembre 2015

La cooptation de M. Hille-Paul SCHUT a été ratifiée et il a été nommé comme administrateur de la société jusqu'à l'issue de l'assemblée générale statutaire de 2017.

Veuillez noter que le siège social de la société à responsabilité limitée COMCOLUX S. à r. l., R.C.S. Luxembourg B 58545, se situe désormais à L-2453 Luxembourg, 19, rue Eugène Ruppert.

Luxembourg, le 16 novembre 2015.
Pour extrait et avis sincères et conformes
Pour SUPREME ENTERTAINMENT S.A.
Un mandataire

Référence de publication: 2015185673/16.

(150207002) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

TouchWind Hanseatic 6 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: USD 18.000,00.
Siège social: L-2633 Senningerberg, 56, route de Trèves.
R.C.S. Luxembourg B 173.424.

—
Die Geschäftsanschrift der alleinigen Teilhaberin der Gesellschaft, der Gesellschaft Touchwind Hanseatic 6 Vermögensverwaltungs GmbH, eingetragen in das Handelsregister B des Amtsgerichts Hamburg unter der Nummer HRB 125597, hat sich wie folgt geändert: Klopstockstrasse 1, D-22765 Hamburg.

Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015185688/12.

(150207423) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

TI Expansion S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1425 Luxembourg, 3, rue du Fort Dumoulin.
R.C.S. Luxembourg B 127.506.

—
La société Kilterry a démissionné de son mandat d'administrateur de la Société avec effet au 6 octobre 2015.
La société François IV a démissionné de son mandat d'administrateur de la Société avec effet au 6 octobre 2015,
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 novembre 2015.
TI EXPANSION S.A.
Signature

Référence de publication: 2015185707/13.

(150206610) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

TMF Administrative Services S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 94.030.

Les décisions suivantes ont été approuvées et ratifiées par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la Société qui s'est tenue en date du 9 novembre 2015:

- L'acceptation de résignation de Monsieur Jean-Jacques Josset en tant que administrateur de la Société effectif à partir du 1^{er} novembre 2015;

- Nomination de Madame Gwenaëlle Bernadette Andrée Dominique Cousin, né le 3 avril 1973 à Rennes, France, et demeurant professionnellement au 46A, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, en tant que administrateur de la Société effectif à partir de 1^{er} novembre 2015 jusqu'à l'assemblée générale qui se tiendra en l'année 2017;

- Confirmation que le conseil d'administration de la Société est désormais composé par les administrateurs suivants:

* Monsieur Patrick Leonardus Cornelis van Denzen, administrateur;

* Monsieur Jacob Mudde, administrateur;

* Monsieur Gérald Olivier David Welvaert, administrateur;

* Monsieur Fabrice Michel Gilles Mas, administrateur;

* Monsieur Fabrice Stéphane Rota, administrateur;

* Monsieur Christiaan Frederik van Arkel, administrateur et

* Madame Gwenaëlle Bernadette Andrée Dominique Cousin, administrateur.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Pour extrait sincère et conforme

TMF Administrative Services S.A.

Jacob Mudde

Administrateur

Référence de publication: 2015185709/28.

(150206981) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

TMF Corporate Services S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 84.993.

Les décisions suivantes ont été approuvées et ratifiées par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la Société qui s'est tenue en date du 9 novembre 2015:

- L'acceptation de résignation de Monsieur Jean-Jacques Josset en tant que administrateur de la Société effectif à partir du 1^{er} novembre 2015;

- Nomination de Madame Gwenaëlle Bernadette Andrée Dominique Cousin, né le 3 avril 1973 à Rennes, France, et demeurant professionnellement au 46A, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, en tant que administrateur de la Société effectif à partir de 1^{er} Novembre 2015 jusqu'à l'assemblée générale qui se tiendra en l'année 2017;

- Nomination de Monsieur Christiaan Frederik van Arkel, né le 21 mars 1973 à Bangkok, Thaïlande, et demeurant professionnellement au 46A, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, en tant que administrateur de la Société effectif à partir de 1^{er} novembre 2015 jusqu'à l'assemblée générale qui se tiendra en l'année 2017;

- Confirmation que le conseil d'administration de la Société est désormais composé par les administrateurs suivants:

* Monsieur Patrick Leonardus Cornelis van Denzen, administrateur et Président du Conseil d'Administration;

* Monsieur Jacob Mudde, administrateur;

* Monsieur Gérald Olivier David Welvaert, administrateur;

* Monsieur Fabrice Michel Gilles Mas, administrateur;

* Monsieur Fabrice Stéphane Rota, administrateur;

* Monsieur Christiaan Frederik van Arkel, administrateur et

* Madame Gwenaëlle Bernadette Andrée Dominique Cousin, administrateur.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.
Pour extrait sincère et conforme
TMF CORPORATE SERVICES S.A.
Jacob Mudde
Administrateur

Référence de publication: 2015185710/31.

(150206744) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

TMF Secretarial Services S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 46A, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 94.029.

Les décisions suivantes ont été approuvées et ratifiées par l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la Société qui s'est tenue en date du 9 novembre 2015:

- L'acceptation de résignation de Monsieur Jean-Jacques Josset en tant que administrateur de la Société effectif à partir du 1^{er} novembre 2015;

- Nomination de Madame Gwenaëlle Bernadette Andrée Dominique Cousin, né le 3 avril 1973 à Rennes, France, et demeurant professionnellement au 46A, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, en tant que administrateur de la Société effectif à partir de 1^{er} novembre 2015 jusqu'à l'assemblée générale qui se tiendra en l'année 2017;

- Confirmation que le conseil d'administration de la Société est désormais composé par les administrateurs suivants:

- * Monsieur Patrick Leonardus Cornelis van Denzen, administrateur;
- * Monsieur Jacob Mudde, administrateur et Président du Conseil d'Administration;
- * Monsieur Gérald Olivier David Welvaert, administrateur;
- * Monsieur Fabrice Michel Gilles Mas, administrateur;
- * Monsieur Fabrice Stéphane Rota, administrateur;
- * Monsieur Christiaan Frederik van Arkel, administrateur et
- * Madame Gwenaëlle Bernadette Andrée Dominique Cousin, administrateur.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.
Pour extrait sincère et conforme
TMF Secretarial Services S.A.
Jacob Mudde
Administrateur

Référence de publication: 2015185711/28.

(150206982) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Tomcar S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-7795 Bissen, 9, Z.A.C. Klengbuusbiërg.

R.C.S. Luxembourg B 128.042.

Extrait de l'assemblée générale ordinaire tenue en date du 19 juin 2015:

L'actionnaire unique décide de nommer commissaire, en remplacement de la société PKF Weber & Bontemps S.à r.l., inscrite au R.C.S. de Luxembourg sous le numéro B 135187, la société Compliance & Control, société anonyme, avec siège social au 6 place de Nancy L-2212 Luxembourg et inscrite au R.C.S. de Luxembourg sous le numéro.B 172482. Le mandat prendra fin lors de l'assemblée générale tenue en 2018.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour la société

Référence de publication: 2015185715/14.

(150207149) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Tooris Estates S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R.C.S. Luxembourg B 122.628.

Extrait des résolutions prises lors du conseil d'administration en date du 15 octobre 2015

Le Conseil d'Administration décide de nommer FIDUCENTER S.A., ayant son siège social au 18, rue de l'Eau, L-1449 Luxembourg, enregistré au Registre de Commerce et des Sociétés RCS Luxembourg B 62.780, dépositaire des titres au porteur de la Société conformément aux dispositions de la loi du 28 juillet 2014 relative à l'immobilisation des titres au porteur, en remplacement de CAL Conseil S.A., en date de ce jour.

Pour la Société

Référence de publication: 2015185716/13.

(150207037) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Transmarking S.A., Société Anonyme (en liquidation).

Siège social: L-2449 Luxembourg, 4, boulevard Royal.
R.C.S. Luxembourg B 56.868.

LIQUIDATION JUDICIAIRE

Par jugement rendu en date du 12 novembre 2015, le Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, VI^{ème} Chambre, siégeant en matière commerciale, a ordonné en vertu de l'article 203 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, tel qu'il a été modifié par la loi du 31 mai 1999, la dissolution et la liquidation de la société anonyme TRANSMARKING S.A., avec siège à L-2449 Luxembourg, 4, boulevard Royal, de fait inconnue à cette adresse, inscrite au Registre de Commerce et des sociétés de Luxembourg sous le numéro B 56868.

Le même jugement a nommé juge-commissaire Anita LECUIT, Juge au Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, et liquidateur, Maître Julien BOECKLER, Avocat, demeurant à Luxembourg.

Ils ordonnent aux créanciers de faire la déclaration du montant de leur(s) créance(s) avant le 3 décembre 2015 au greffe du Tribunal de Commerce de et à Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait conforme

Maître Julien BOECKLER

Le Liquidateur

Référence de publication: 2015185718/21.

(150206790) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Triple Aart S.A., Société Anonyme Soparfi.

Siège social: L-8009 Strassen, 19-21, route d'Arlon.
R.C.S. Luxembourg B 161.322.

Résolutions prises lors du conseil d'administration du 19 octobre 2015:

- Le siège de la société a été transféré au Building Serenity - Bloc A 2^{ème} étage, 19-21 Route d'Arlon, L-8009 Strassen avec effet au 19 octobre 2015.

- L'adresse des administrateurs A&C MANAGEMENT SERVICES, société à responsabilité limitée, inscrite au R.C.S.L. sous le numéro B127330, Ingrid Hoolants, née le 28/11/1968 à Vilvorde (Belgique) et TAXIOMA s.à r.l., inscrite au R.C.S.L. sous le numéro B128542 a été également modifiée. Leur adresse exacte est fixée au Building Serenity - Bloc A 2^{ème} étage, 19-21 Route d'Arlon, L-8009 Strassen à partir du 19 octobre 2015.

- L'adresse professionnelle de Madame Maryse Mouton, la gérante et représentante permanente de la société A&C MANAGEMENT SERVICES, société à responsabilité limitée, inscrite au R.C.S.L. sous le numéro B127330, a été fixée au Building Serenity - Bloc A, 19-21 Route d'Arlon, L-8009 Strassen à partir du 19 octobre 2015.

- L'adresse professionnelle de Madame Ingrid Hoolants, la gérante et représentante permanente de la société TAXIOMA s.à r.l., inscrite au R.C.S.L. sous le numéro B128542, a été fixée au Building Serenity - Bloc A, 19-21 Route d'Arlon, L-8009 Strassen à partir du 19 octobre 2015.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015185720/21.

(150207380) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

TSS Holdings S.C.S., Société en Commandite simple.

Siège social: L-2557 Luxembourg, 9A, rue Robert Stümper.

R.C.S. Luxembourg B 160.285.

—
EXTRAIT

Lors de l'Assemblée Générale des Associés de la Société tenue le 12 novembre 2015:

1) Les Associés ont pris la décision de mettre la Société en liquidation volontaire et ce avec effet immédiat;

2) Les Associés ont pris la décision de nommer TSS Holdings Inc., une société inscrite et existant sous les lois de l'état du Minnesota, ayant son siège social au 1000 Nicollet Mall, Minneapolis, Minnesota 55403, États-Unis d'Amérique, enregistrée auprès du Minnesota Secretary of State sous le numéro 4209997-3, liquidateur de la Société.

Il est donné pouvoir au liquidateur pour l'exécution de son mandat, sous sa seule signature, d'entreprendre tout ce qui sera nécessaire à la liquidation de la Société et la libération de ses actifs.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

TSS HOLDINGS S.C.S.

Le Mandataire

Référence de publication: 2015185721/19.

(150206718) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Utopolis Belval S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 45, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 130.573.

—
Extrait de résolutions de l'assemblée générale des actionnaires de la Société Utopia Belval S.A. tenue le 9 novembre 2015

L'assemblée générale des actionnaires a décidé comme suit:

1/ de prendre acte et d'accepter la démission des Administrateurs suivants:

- Monsieur Nico Simon,

- Utopia S.A.

- Utopia Belgium NV

2/ de nommer en tant qu'Administrateur, avec effet immédiat et jusqu' après la prochaine assemblée générale des actionnaires qui se tiendra en 2021:

- Monsieur Eddy Duquenne, né le 4 juillet 1962 à Bruxelles (district 2), Belgique, ayant son adresse au Kapellenstraat 94, 9280 Lebbeke, Belgique,

- Monsieur Joos Bert, né le 18 avril 1956 à Kortrijk, Belgique, ayant son adresse professionnelle au Ruitersweg 6/A011, 8500 Kortrijk, Belgique,

- NDCMS BVBA, société privée à responsabilité limitée immatriculée au Registre belge sous le numéro 0841.952.674, ayant son siège social au Lichtelarestraat 49, 9080 Lochristi, Belgique, dont le représentant permanent est Monsieur Nicolas De Clercq, né le 9 décembre 1971 à Lokeren, Belgique, ayant son adresse professionnelle au au Lichtelarestraat 49, 9080 Lochristi, Belgique.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185723/25.

(150207391) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Valspar (Luxembourg) Finance Corporation, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: AUD 30.001,00.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 5, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 190.567.

—
Par résolutions prises en date du 12 octobre 2015, l'associé unique a décidé de nommer Susan Fornaro, avec adresse professionnelle au 25, Rosengartenstrasse, 8608 Bubikon, Suisse, au mandat de gérant de catégorie A, avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185724/13.

(150207065) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Roomsurfer S.A., Société Anonyme.

R.C.S. Luxembourg B 145.351.

—
LIQUIDATION JUDICIAIRE

Par jugement du 12 novembre 2015, le Tribunal d'Arrondissement de et à Luxembourg, VI^{ème} section, siégeant en matière commerciale, a déclaré dissoute et a ordonné la liquidation judiciaire de la société anonyme ROOMSURFER S.A., avec siège social à L-1331 LUXEMBOURG, 31, Boulevard Grande-Duchesse Charlotte, dénoncé en date du 25 avril 2014.

Ledit jugement ordonne aux créanciers de faire la déclaration du montant de leurs créances avant le 03 décembre 2015 au greffe de la sixième chambre de ce Tribunal.

Pour extrait conforme
Me Anne SCHREINER
Le liquidateur

Référence de publication: 2015185589/15.

(150206805) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Rx Healthcare, Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 60.000,00.

Siège social: L-1460 Luxembourg, 48, rue d'Eich.

R.C.S. Luxembourg B 179.035.

—
Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire tenue le 16 novembre 2015

Il en résulte dudit procès-verbal que:

- L'Assemblée Générale prend acte de la fin du mandat de Monsieur Sylvain Kirsch en tant que Gérant A de la Société.
- L'Assemblée Générale nomme en tant que Gérante A de la Société Madame Célia Neves, ayant son adresse professionnelle au 48, rue d'Eich, L-1460 Luxembourg. La durée du mandat débute au 16 novembre 2015 pour une durée indéterminée.

Pour extrait conforme
Signature
Un mandataire

Référence de publication: 2015185590/17.

(150207407) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Rehab Europe Distribution S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-4243 Esch-sur-Alzette, 120, rue Jean-Pierre Michels.

R.C.S. Luxembourg B 59.957.

—
LIQUIDATION JUDICIAIRE

Par jugement rendu en date du 12 novembre 2015, le Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, VI^{ème} Chambre, siégeant en matière commerciale, a ordonné en vertu de l'article 203 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, tel qu'il a été modifié par la loi du 31 mai 1999, la dissolution et la liquidation de la société à responsabilité limitée REHAB EUROPE DISTRIBUTION S.à r.l., avec siège à L-4243 Esch-sur-Alzette, 120, rue Jean-Pierre Michels, de fait inconnue à cette adresse, inscrite au Registre de Commerce et des sociétés de Luxembourg sous le numéro B 59957.

Le même jugement a nommé juge-commissaire Anita LECUIT, Juge au Tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg, et liquidateur, Maître Julien BOECKLER, Avocat, demeurant à Luxembourg.

Ils ordonnent aux créanciers de faire la déclaration du montant de leur(s) créance(s) avant le 3 décembre 2015 au greffe du Tribunal de Commerce de et à Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait conforme
Maître Julien BOECKLER
Le Liquidateur

Référence de publication: 2015185598/21.

(150206791) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

ASH Fitzrovia Holdco S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 33, avenue Monterey.

R.C.S. Luxembourg B 201.401.

—
STATUTES

In the year two thousand and fifteen, on the sixth day of November.

Before the undersigned Maître Martine SCHAEFFER, notary public, residing in Luxembourg, Grand-Duchy of Luxembourg,

There appeared:

ASH FITZROVIA TOPCO S. à r. l., a limited liability company existing under the laws of Luxembourg, having its registered office at 33 avenue Monterey, L-2163 Luxembourg, in course of registration with the Luxembourg Companies' Registry,

here represented by Mister Vincent Bouffioux, private employee, with professional address in Luxembourg, by virtue of a proxy, given on 3 November 2015.

The said proxy, initialled "ne varietur" by the proxyholder of the above named parties and the notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing party, represented as mentioned above, has declared its intention to constitute by the present deed a private limited liability company (société à responsabilité limitée) and to draw up its articles of association as follows:

Title I. Purpose - Duration - Name - Registered office

Art. 1. There is hereby established a private limited liability company (société à responsabilité limitée) (the Company) which shall be governed by the Luxembourg act dated 10 August 1915 on commercial companies, as amended, as well as by the present articles of association.

Art. 2. The purpose of the Company is the holding of participations, in any form whatsoever, in Luxembourg and foreign companies and any other form of investment, the acquisition by purchase, subscription or in any other manner as well as the transfer by sale, exchange or otherwise of securities of any kind and the administration, control and development of its portfolio.

The Company may further guarantee, grant loans or otherwise assist the companies in which it holds a direct or indirect participation or which form part of the same group of companies as the Company.

The Company may borrow in any form and privately issue bonds or notes.

The Company may carry out any commercial, industrial or financial activities which it may deem useful in the accomplishment and development of its purpose.

Art. 3. The Company is incorporated for an unlimited period.

Art. 4. The Company will exist under the corporate name of "ASH Fitzrovia Holdco S. à r. l."

Art. 5. The registered office of the Company is established in the municipality of Luxembourg. Within the same municipality, it may be transferred by resolution of the managers. It may be transferred to any other place in the Grand Duchy of Luxembourg by means of a resolution of a general meeting of its shareholders. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad by resolution of the managers.

Title II. Share capital - Shares

Art. 6. The Company's share capital is set at one twelve thousand five hundred pounds sterling (GBP 12,500) represented by twelve thousand five hundred (12,500) shares with a nominal value of one pound sterling (GBP 1) each.

Each share is entitled to one vote at ordinary and extraordinary general meetings.

Art. 7. The share capital may be modified at any time by a decision of the sole shareholder or by a majority of the shareholders representing at least three quarters of the share capital of the Company.

Art. 8. Each share entitles to a fraction of the corporate assets and profits of the Company in direct proportion to the number of shares in existence.

Art. 9. The shares are indivisible regarding the Company which will recognize only one holder per share. The joint co-owners shall appoint a single representative who shall represent them towards the Company.

Art. 10. In case of a sole shareholder, the Company's shares held by the sole shareholder are freely transferable.

The Company's shares are freely transferable among shareholders. Any inter vivos transfer to third parties is subject to the approval given by a majority of the shareholders representing of at least three quarters of the share capital of the Company.

In the event of death, the shares of the deceased shareholder may only be transferred to new shareholders subject to the approval of such transfer given by the other shareholders in a general meeting, at a majority of three quarters of the share capital belonging to the surviving shareholders.

The transfer of shares must be evidenced by a notarial deed or by a private contract. Any such transfer is not binding upon the Company and upon third parties unless duly notified to the Company or accepted by the Company in accordance with the rules on the transfer of claims laid down in article 1690 of the Civil Code.

The requirements of articles 189 and 190 of the Luxembourg act dated 10 August 1915 on commercial companies, as amended will apply.

Art. 11. The Company shall have power to acquire shares in its own capital provided that the Company has sufficient distributable reserves and funds to that effect.

The acquisition and disposal by the Company of shares held by it in its own share capital shall take place by virtue of a resolution of and on the terms and conditions to be decided upon by the sole shareholder or the majority of the shareholders, representing at least three quarters of the paid-in share capital of the Company.

Art. 12. The death, suspension of civil rights, bankruptcy or insolvency of one of the shareholders will not cause the dissolution of the Company.

Art. 13. Neither creditors, nor assigns, nor heirs may for any reason affix seals on assets or documents of the Company.

Title III. Management

Art. 14. The Company is managed by one or several managers, who need not necessarily be shareholders. In the case where the Company is managed by several managers, each manager shall be assigned either an A signatory power (each an A Manager) or a B signatory power (each a B Manager) and such managers shall constitute a board of managers. In dealing with third parties, the sole manager or, if there is more than one, the board of managers has extensive powers to act in the name of the Company in all circumstances and to authorize all acts and operations consistent with the Company's purpose. The manager(s) is (are) appointed, revoked and replaced by the sole shareholder, or as the case may be, the shareholders owning more than half of the share capital of the Company, who fix(es) the term of his (their) office. The manager(s) may be dismissed freely and without cause (*ad nutum*) at any time by the sole shareholder, or as the case may be, the shareholders.

The Company will be bound in all circumstances by the signature of the sole manager or, if there is more than one, by the joint signature of one A Manager and one B Manager.

All powers not expressly reserved by law or the present articles of association to the general meeting of shareholders fall within the power of the manager, or in case of plurality of managers, of the board of managers.

Art. 15. The board of managers shall choose from among its members a chairman, and may choose from among its members a vice-chairman. It may also choose a secretary, who need not be a manager, who shall be responsible for keeping the minutes of the meetings of the board of managers.

The board of managers shall meet upon call by the chairman, or two managers, at the place indicated in the notice of meeting. The chairman shall preside all meetings of the board of managers; in his absence the board of managers may appoint another manager as chairman *pro tempore* by vote of the majority present at any such meeting.

Written notice of any meeting of the board of managers must be given to the managers at least twenty-four hours in advance of the date foreseen for the meeting, except in case of emergency, in which case the nature and the motives of the emergency shall be mentioned in the notice. This notice may be omitted in case of assent of each manager in writing, by cable, telegram, telex or facsimile, or any other similar means of communication. A special convocation will not be required for a board meeting to be held at a time and location determined in a prior resolution adopted by the board of managers.

Any manager may act at any meeting of the board of managers by appointing in writing or by cable, telegram, telex or facsimile another manager as his proxy. A manager may represent more than one of his colleagues.

Any manager may participate in any meeting of the board of managers by conference-call, video-conference or by other similar means of communication allowing all the persons taking part in the meeting to hear one another. The participation in a meeting by these means is equivalent to a participation in person at such meeting.

The board of managers can deliberate or act validly only if at least a majority of the managers is present or represented at a meeting of the board of managers and only if at least one A Manager and one B Manager are present or represented. Decisions shall be taken by the majority of the votes of the managers present or represented at such meeting provided that at least one A Manager and one B Manager have voted in favour of such decisions.

The board of managers may, unanimously, pass resolutions by circular means when expressing its approval in writing, by cable, telegram, telex or facsimile, or any other similar means of communication, to be confirmed in writing, the entirety forming the minutes giving evidence of the resolution.

Art. 16. The minutes of any meeting of the board of managers shall be signed by the chairman or, in his absence, by the vice-chairman, or by two managers. Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed by the chairman or by two managers or by any person duly appointed to that effect by the board of managers.

Art. 17. The death or resignation of a manager, for any reason whatsoever, shall not cause the dissolution of the Company.

Art. 18. The manager(s) do not assume, by reason of his (their) position, any personal liability in relation to commitments regularly made by them in the name of the Company. They are authorized agents only and are therefore merely responsible for the execution of their mandate.

Art. 19. The manager, or if there is more than one, the board of managers may decide to proceed to the payment of interim dividends.

Art. 20. The manager, or if there is more than one, the board of managers may delegate his/its powers for specific tasks to one or several ad hoc agents.

Title IV. Decisions of the sole shareholder - Collective decisions of the shareholders

Art. 21. Each shareholder may participate in collective decisions irrespective of the number of shares which he owns. Each shareholder is entitled to as many votes as he holds or represents shares.

Art. 22. Save a higher majority as provided herein, collective decisions are only validly taken in so far as they are adopted by shareholders representing more than half of the share capital.

The shareholders may not change the nationality of the Company otherwise than by unanimous consent. Any other amendment of the articles of association requires the approval of a majority of the shareholders representing at least three quarters of the share capital of the Company.

Art. 23. Any shareholder may, by a written power of attorney, authorize any other person, who need not be a shareholder, to represent him at the general meeting and to vote in his name.

Art. 24. In the case of a sole shareholder, such shareholder exercises the powers granted to the general meeting of shareholders under the law of 10 August 1915 concerning commercial companies, as amended.

Art. 25. As long as the Company has no more than twenty-five (25) shareholders, resolutions of shareholder(s) can, instead of being passed at general meetings, be passed in writing by all the shareholders. In this case, each shareholder shall be sent an explicit draft of the resolution(s) to be passed, and shall vote in writing (such vote to be evidenced by letter or telefax or electronic mail (e-mail) transmission).

Title V. Financial year - Annual accounts - Distribution of profits

Art. 26. The Company's financial year begins on the first of January of each year and ends on the thirty-first of December of the same year.

Art. 27. Each year on the thirty-first of December, the accounts are closed and the manager(s) prepare(s) an inventory including an indication of the value of the Company's assets and liabilities. Each shareholder may inspect the inventory and balance sheet at the Company's registered office.

Art. 28. Five per cent of the net profit, represented by the gross profits of the Company stated in the annual accounts, after deduction of general expenses, amortization and expenses, is set aside for the establishment of a statutory reserve, until such reserve amounts to ten per cent of the share capital. The balance may be freely used by the sole shareholder or, as the case may be, the general meeting of the shareholders.

Title VI. Dissolution - Liquidation

Art. 29. In the event of a dissolution of the Company, the Company shall be liquidated by one or more liquidators, who need not be shareholders, and which are appointed by the general meeting of shareholders which will determine their powers and fees. Unless otherwise provided, the liquidators shall have the most extensive powers for the realization of the assets and payment of the liabilities of the Company.

The surplus resulting from the realization of the assets and the payment of the liabilities shall be distributed among the shareholders in proportion to the shares of the Company held by them.

Title VII. Statutory auditor - External auditor

Art. 30. In accordance with article 200 of the Companies Act, the Company needs only to be audited by a statutory auditor if it has more than 25 (twenty-five) shareholders. An external auditor needs to be appointed whenever the exemption provided by article 69 (2) of the Luxembourg act dated 19 December 2002 on the trade and companies register and on the accounting and financial accounts of companies does not apply.

Title VIII. Applicable law

Art. 31. For all matters not governed by these articles of association the shareholders refer to the provisions of the law of 10 August 1915 on commercial companies as amended.

Subscription and payment

ASH Fitzrovia Topco S. à r. l., prenamed, declares to subscribe 12,500 (twelve thousand five hundred) shares, with a nominal value of one pound sterling (GBP 1) each.

All the shares so subscribed have been fully paid-up in cash so that the amount of twelve thousand five hundred pounds sterling (GBP 12,500) is as of now available to the Company, as it has been justified to the undersigned notary.

Transitory provisions

The first financial year shall begin on the date of the formation of the Company and shall terminate on the thirty-first of December 2015.

Expenses

The expenses, costs, remunerations or charges in any form whatsoever which shall be borne by the Company as a result of its incorporation are estimated at approximately thirteen hundred euro (EUR 1,300).

The amount of twelve thousand five hundred pounds sterling (GBP 12,500) corresponds to the amount of seventeen thousand four hundred twenty-three Euro fifty-nine cent (EUR 17,423.59) according to the exchange rate published in xe.com on November 6th, 2015.

Resolutions of the sole shareholder

The above named party, representing the entire subscribed capital, has immediately passed the following resolutions:

1. The registered office of the Company shall be at 33, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg.
2. The following persons are appointed members of the board of managers of the Company for an indefinite period:

- as A Manager

* Mr Diego Rico, company executive, born on 29 August 1965 in Bogotá (Colombia), with address at 461 Pumpkin Drive, Palm Beach Gardens, Florida, FL 33410, United States of America;

- as B Managers

* Mr Vincenzo Arnò, maître en droit, born on 20 May 1963 in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg), with professional address at 33, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg;

* Mr Vincent Bouffieux, accountant, born on 1 May 1970 in Ottignies, (Belgium), with professional address at 33, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg;

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing parties, the present deed is worded in English followed by a French version; on the request of the same appearing parties and in case of divergence between the English and the French text, the English version will prevail.

Whereof, the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the person appearing, known to the notary by his name, first name, civil status and residence, the said person appearing signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction en français du texte qui précède

L'an deux mille quinze, le six novembre.

Par-devant Maître Martine SCHAEFFER, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg,

A comparu:

ASH Fitzrovia Topco S. à r. l., une société à responsabilité limitée régie selon les lois du Grand-Duché de Luxembourg, ayant son siège social au 33 avenue Monterey, L-2163 Luxembourg, numéro de Registre de Commerce et des Sociétés en cours d'attribution,

ici représentée par M. Vincent Bouffieux, employé privé, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée le 3 novembre 2015.

La procuration, signée «ne varietur» par le mandataire de la comparante et par le notaire soussigné, restera annexées au présent acte pour être soumise avec lui aux formalités de l'enregistrement.

Laquelle comparante, représentée comme dit ci-avant, a déclaré vouloir constituer par le présent acte une société à responsabilité limitée et en arrêter les statuts comme suit:

Titre I^{er}. Objet - Durée - Dénomination - Siège

Art. 1^{er}. Il est formé par le présent acte une société à responsabilité limitée (la Société) qui sera régie par la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, telle que modifiée, ainsi que par les présents statuts.

Art. 2. La Société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans des sociétés luxembourgeoises ou étrangères et toutes autres formes de placements, l'acquisition par achat, souscription ou toute autre manière ainsi que l'aliénation par la vente, échange ou toute autre manière de valeurs mobilières de toutes espèces et la gestion, le contrôle et la mise en valeur de ces participations.

La Société peut également garantir, accorder des prêts à ou assister autrement des sociétés dans lesquelles elle détient une participation directe ou indirecte ou des sociétés qui font partie du même groupe de sociétés que la Société.

La Société peut emprunter sous toutes formes et procéder à l'émission privée d'obligations.

La Société pourra exercer toutes activités de nature commerciale, industrielle ou financière estimées utiles pour l'accomplissement et le développement de son objet.

Art. 3. La Société est constituée pour une durée indéterminée.

Art. 4. La Société adopte la dénomination sociale de «ASH Fitzrovia Holdco S. à r. l.»

Art. 5. Le siège social est établi dans la commune de Luxembourg. Il peut être transféré dans la même commune par décision des gérants. Il peut être transféré en toute autre localité du Grand-Duché en vertu d'une décision de l'assemblée générale des associés. La Société peut ouvrir des agences ou succursales dans toutes autres localités du pays ou dans tous autres pays par décision des gérants.

Titre II. Capital social - Parts sociales

Art. 6. Le capital social de la Société est fixé à douze mille cinq cent livres sterling (GBP 12,500) représenté par douze mille cinq cent (12,500) parts sociales, d'une valeur nominale d'une livre sterling (GBP 1) chacune.

Chaque part sociale donne droit à une voix dans les délibérations des assemblées générales ordinaires et extraordinaires.

Art. 7. Le capital social pourra, à tout moment, être modifié moyennant décision de l'associé unique ou, en cas de plusieurs associés, par la majorité des associés représentant au moins les trois quarts du capital social de la Société.

Art. 8. Chaque part sociale donne droit à une fraction, proportionnelle au nombre des parts existantes, de l'actif social ainsi que des bénéfices.

Art. 9. Les parts sociales sont indivisibles à l'égard de la Société qui ne reconnaît qu'un seul propriétaire pour chacune d'elles. Les copropriétaires indivis de parts sociales sont tenus de se faire représenter auprès de la Société par une seule et même personne.

Art. 10. Toutes cessions de parts sociales détenues par l'associé unique sont libres.

Les parts sociales sont librement cessibles entre associés. Les parts sociales ne peuvent être cédées entre vifs à des tiers qu'avec l'agrément donné par la majorité des associés représentant au moins les trois quarts du capital social.

En cas de décès d'un associé, les parts sociales de ce dernier ne peuvent être transmises à des non-associés que moyennant l'agrément, donné en assemblée générale, des associés représentant les trois quarts des parts appartenant aux associés survivants.

La cession de parts sociales doit être formalisée par acte notarié ou par contrat sous seing privé. Une telle cession n'est opposable à la Société et aux tiers qu'après avoir été notifiée à la Société ou acceptée par elle, suivant les règles sur le transport des créances établies par l'article 1690 du Code Civil sur le transport des créances.

Les exigences des articles 189 et 190 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée, doivent être respectées.

Art. 11. La Société pourra acquérir ses propres parts sociales pourvu que la Société dispose à cette fin de réserves distribuables ou des fonds suffisants.

L'acquisition et la disposition par la Société de parts sociales détenues par elle dans son propre capital social ne pourra avoir lieu qu'en vertu d'une résolution et conformément aux conditions qui seront décidées par une assemblée générale de l'associé unique ou, en cas de plusieurs associés par la majorité des associés représentant au moins trois quarts du capital social souscrit de la Société.

Art. 12. Le décès, l'interdiction, la faillite ou la déconfiture de l'un des associés ne met pas fin à la Société.

Art. 13. Les créanciers, ayants-droit ou héritiers ne pourront, pour quelque motif que ce soit, apposer des scellés sur les biens et documents de la Société.

Titre III. Gérance

Art. 14. La Société est gérée par un ou plusieurs gérants, qui n'ont pas besoin d'être associés. Si la Société est gérée par plusieurs gérants, chaque gérant se verra attribué soit un pouvoir de signature A (chacun un Gérant A), soit un pouvoir de signature B (chacun un Gérant B) et, ensemble, les gérants formeront un conseil de gérance. Vis-à-vis des tiers, le gérant ou, dans le cas où il y a plusieurs gérants, le conseil de gérance a les pouvoirs les plus étendus pour agir au nom de la Société en toutes circonstances et pour autoriser tous les actes et opérations relatifs à son objet. Le(s) gérant(s) est (sont) désigné(s), révoqué(s) et remplacé(s) par l'associé unique ou, le cas échéant, par l'assemblée générale des associés représentant

plus de la moitié du capital social, qui fixe(nt) la durée de son (leur) mandat. Le(s) gérant(s) est (sont) librement et à tout moment révocable(s) (ad nutum) par l'associé unique ou, selon le cas, les associés.

La Société est engagée en toutes circonstances, par la signature du gérant unique ou, lorsqu'il y a plusieurs gérants, par la signature conjointe d'un Gérant A et d'un Gérant B.

Tous les pouvoirs non expressément réservés par la loi ou les présent statuts à l'assemblée générale des associés sont de la compétence du gérant ou, en cas de pluralité de gérants, de la compétence du conseil de gérance.

Art. 15. Le conseil de gérance choisira parmi ses membres un président et pourra choisir parmi ses membres un vice-président. Il pourra également choisir un secrétaire, qui n'a pas besoin d'être gérant, et qui sera en charge de la tenue des procès-verbaux des réunions du conseil de gérance.

Le conseil de gérance se réunira sur convocation du président ou de deux gérants au lieu indiqué dans l'avis de convocation. Le président présidera toutes les réunions du conseil de gérance; en son absence le conseil de gérance pourra désigner à la majorité des personnes présentes à cette réunion un autre gérant pour assumer la présidence pro tempore de ces réunions.

Avis écrit de toute réunion du conseil de gérance sera donné à tous les gérants au moins vingt-quatre heures avant la date prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnés dans l'avis de convocation. Il pourra être passé outre à cette convocation à la suite de l'assentiment de chaque gérant par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du conseil de gérance se tenant à une heure et un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le conseil de gérance.

Tout gérant pourra se faire représenter à toute réunion du conseil de gérance en désignant par écrit ou par câble, télégramme, télex ou télécopie un autre gérant comme son mandataire. Un gérant peut représenter plusieurs de ses collègues.

Tout gérant peut participer à une réunion du conseil de gérance par conférence téléphonique, par vidéo-conférence ou par d'autres moyens de communication similaires où toutes les personnes prenant part à cette réunion peuvent s'entendre les unes les autres. La participation à une réunion par ces moyens équivaut à une présence en personne à une telle réunion.

Le conseil de gérance ne pourra délibérer ou agir valablement que si la majorité au moins des gérants est présente ou représentée à la réunion du conseil de gérance et pour autant qu'au moins un Gérant A et un Gérant B soient présents ou représentés. Les décisions sont prises à la majorité des voix des gérants présents ou représentés à cette réunion pour autant qu'au moins un Gérant A et un Gérant B aient voté en faveur de telles décisions.

Le conseil de gérance pourra, à l'unanimité, prendre des résolutions par voie circulaire en exprimant son approbation par écrit ou par câble, télégramme, télex, télécopieur ou tout autre moyen de communication similaire, à confirmer par écrit, le tout ensemble constituant le procès-verbal faisant preuve de la décision intervenue.

Art. 16. Les procès-verbaux de toutes les réunions du conseil de gérance seront signés par le président ou, en son absence, par le vice-président, ou par deux gérants. Les copies ou extraits des procès-verbaux destinés à servir en justice ou ailleurs seront signés par le président ou par deux gérants ou par toute personne dûment mandatée à cet effet par le conseil de gérance.

Art. 17. Le décès ou la démission d'un gérant, pour quelque motif que ce soit, n'entraîne pas la dissolution de la Société.

Art. 18. Le(s) gérant(s) ne contracte(nt), à raison de sa (leur) fonction, aucune obligation personnelle relativement aux engagements régulièrement pris par eux au nom de la Société. Simples mandataires, ils ne sont responsables que de l'exécution de leur mandat.

Art. 19. Le gérant ou, dans le cas où il y a plusieurs gérants, le conseil de gérance peut décider de procéder au paiement d'acomptes sur dividendes.

Art. 20. Le gérant, ou en cas de pluralité de gérants, le conseil de gérance, peut subdéléguer une partie de ses pouvoirs pour des tâches spécifiques à un ou plusieurs agents ad hoc.

Titre IV. Décisions de l'associé unique - Décisions collectives des associés

Art. 21. Chaque associé peut participer aux décisions collectives quel que soit le nombre de parts qui lui appartient. Chaque associé a un nombre de voix égal au nombre de parts qu'il possède ou représente.

Art. 22. Sous réserve d'un quorum plus important prévu par les statuts, les décisions collectives ne sont valablement prises que pour autant qu'elles ont été adoptées par des associés représentant plus de la moitié du capital social.

Les associés ne peuvent, si ce n'est à l'unanimité, changer la nationalité de la Société. Toutes autres modifications des statuts sont décidées à la majorité des associés représentant au moins les trois quarts du capital social de la Société.

Art. 23. Tout associé peut, par procuration écrite, autoriser toute autre personne, associé ou non, à le représenter lors d'une assemblée générale des associés et à voter en son nom.

Art. 24. Dans le cas d'un associé unique, celui-ci exercera les pouvoirs dévolus à l'assemblée des associés par les dispositions de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, telle que modifiée.

Art. 25. Tant que la Société n'a pas plus de vingt-cinq (25) associés, les résolutions de l'associé unique ou des associés pourront, au lieu d'être prises lors d'assemblées générales, être prises par écrit par tous les associés. Dans cette hypothèse, un projet explicite de la résolution ou des résolutions à prendre devra être envoyé à chaque associé, et chaque associé votera par écrit (ces votes pourront être produits par lettre, télécopie, ou courriel (e-mail)).

Titre V. Année sociale - Bilan - Répartition des bénéfices

Art. 26. L'année sociale de la Société commence le premier janvier de chaque année et se termine le trente et un décembre de la même année.

Art. 27. Chaque année, au trente et un décembre, les comptes sont arrêtés et le(s) gérant(s) dresse(nt) un inventaire comprenant l'indication des valeurs actives et passives de la Société. Tout associé peut prendre communication au siège social de la Société de l'inventaire et du bilan.

Art. 28. Sur le bénéfice net, représenté par les profits bruts de la Société, constatés dans les comptes annuels, déduction faite des frais généraux, amortissements et charges, il est prélevé cinq pour cent pour la constitution d'une réserve statutaire jusqu'à ce que celle-ci atteigne dix pour cent du capital social. Le solde sera à la libre disposition de l'associé unique ou, le cas échéant, de l'assemblée générale des associés.

Titre VI. Dissolution - Liquidation

Art. 29. En cas de dissolution de la Société, la liquidation sera faite par un ou plusieurs liquidateurs, associé(s) ou non, nommé(s) par l'assemblée des associés qui fixera ses (leurs) pouvoirs et ses (leurs) émoluments. Sauf décision contraire le ou les liquidateur(s) aura (auront) les pouvoirs les plus étendus pour la réalisation de l'actif et le paiement du passif de la Société.

L'actif, après déduction du passif, sera partagé entre les associés en proportion des parts sociales détenues dans la Société.

Titre VII. Commissaire aux comptes - Réviseur d'entreprises

Art. 30. Conformément à l'article 200 de la Loi de 1915, la Société doit être contrôlée par un commissaire aux comptes seulement si elle a plus de 25 (vingt-cinq) associés. Un réviseur d'entreprises doit être nommé si l'exemption prévue à l'article 69 (2) de la loi du 19 décembre 2002 concernant le registre de commerce et des sociétés ainsi que la comptabilité et les comptes annuels des entreprises n'est pas applicable.

Titre VIII. Loi applicable

Art. 31. Pour tout ce qui n'est pas réglé par les présents statuts, les associés s'en réfèrent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, telle qu'elle a été modifiée.

Souscription et libération

ASH Fitzrovia Topco S. à r. l., précitée, déclare souscrire à douze mille cinq cents (12,500) parts sociales ayant une valeur nominale d'une livre sterling (GBP 1) chacune.

Toutes les parts ainsi souscrites ont été entièrement payées en numéraire de sorte que la somme de douze mille cinq cent livres sterling (GBP 12,500) est dès maintenant à la disposition de la Société, ce dont il a été justifié au notaire soussigné.

Disposition transitoire

Le premier exercice social commence à la date de la constitution de la Société et finira le trente et un décembre 2015.

Frais

Le montant des frais et dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incomberont à la Société en raison de sa constitution est évalué environ mille trois cent euros (EUR 1,300).

La somme de douze mille cinq cent livres sterling (GBP 12,500) correspond à la somme dix-sept mille quatre cent vingt-trois Euros cinquante-neuf cents (EUR 17.423,59) conformément au taux d'échange de xe.com publié le 6 novembre 2015.

Résolutions de l'associé unique

L'associé unique, représentant l'intégralité du capital social, a pris immédiatement les résolutions suivantes:

1. Le siège social de la Société sera établi au 33, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg.
2. Sont nommés membres du conseil de gérance de la Société pour une durée indéterminée:

- en tant que Gérant A

* M. Diego Rico, company executive, né le 29 août 1965 à Bogotá (Colombie), ayant son adresse au 461 Pumpkin Drive, Palm Beach Gardens, Florida, FL 33410, Etats Unis d'Amérique;

- en tant que Gérants B

* M. Vincenzo Arnò, maître en droit, né le 20 mai 1963 à Luxembourg (Grand Duché de Luxembourg), ayant son adresse professionnelle au 33, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg; et

* M. Vincent Bouffioux, comptable, né le 1^{er} mai 1970 à Ottignies, Belgique, ayant son adresse professionnelle au 33, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, constate que sur demande des comparantes, le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française; sur demande des mêmes comparantes et en cas de divergences entre le texte français et le texte anglais, ce dernier fait foi.

Dont acte notarié, passé à Luxembourg, les jours, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparantes, connues du notaire instrumentaire par nom, prénom usuel, état et demeure, les comparantes ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: V. Bouffioux et M. Schaeffer.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 2, le 09 novembre 2015. 2LAC/2015/25249. Reçu soixante-quinze euros EUR 75,-

Le Receveur (signé): André MULLER.

POUR EXPEDITION CONFORME, délivrée à la demande de la prédite société, sur papier libre, aux fins de publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 novembre 2015.

Référence de publication: 2015183564/379.

(150205436) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 novembre 2015.

CitCor Wannsee I Sàrl, Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Capital social: EUR 12.500,00.

Siège social: L-1273 Luxembourg, 19, rue de Bitbourg.

R.C.S. Luxembourg B 131.199.

In the year two thousand fifteen, on the thirtieth day of the month of October,

Before Maître Léonie GRETHEN, notary residing in Luxembourg,

There appeared:

1) Deutsche Annington Holdings Eins GmbH, a private limited liability company ("Gesellschaft mit beschränkter Haftung") under the laws of Germany having its registered address at, Philippstraße 3, D-44803 Bochum, Germany, and being registered with the Commercial Register of the Local Court of Düsseldorf under number HRB 56191, as holder of eleven thousand eight hundred sixty-two (11,862) shares of the Company (as defined below) (the "Shareholder 1"), and

2) ADUAN Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH, a private limited liability company ("Gesellschaft mit beschränkter Haftung") under the laws of Germany having its registered address at, Tölzer Straße 15, D-82031 Grünwald, Germany, and being registered with the Commercial Register of the Local Court of Munich under number HRB 216679, as holder of six hundred thirty-eight (638) shares of the Company (as defined below) (the "Shareholder 2" and, together with Shareholder 1, the "Shareholders").

The Shareholders, hereby represented by Ms Meryl HERAT, lawyer, professionally residing in Luxembourg, by virtue of two proxies given under private seal dated. The said proxies, after having been initialled and signed "ne varietur" by the proxy holder and the undersigned notary, will be appended to the present deed for the purpose of registration to be submitted together with it to the registration authorities.

The Shareholders, represented as above stated, declared to be all the shareholders of CitCor Wannsee I S.à r.l. (the "Company"), a private limited liability company (société à responsabilité limitée) governed by the laws of the Grand-Duchy of Luxembourg, having a share capital of twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) with registered office at 19, Rue de Bitbourg, L-1273 Luxembourg (Grand-Duchy of Luxembourg), and registered with the Luxembourg Trade and Companies Register (Registre de Commerce et des Sociétés) under number B 131199, incorporated by notarial deed dated 3 August 2007 by Maître Joseph Elvinger, then notary residing in Luxembourg (Grand-Duchy of Luxembourg), published in the Luxembourg Official Gazette, Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations on 12 October 2007, number 2284. The articles of incorporation of the Company have not been amended since its incorporation. The Shareholders declared and asked the notary to record as follows:

(I) The Shareholders hold all twelve thousand five hundred (12,500) shares in issue of the Company and thus the entire issued share capital of the Company is presented or represented;

(II) The decisions are to be passed based on the following agenda:

1. To increase the Company's share capital by an amount of twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500) so as to increase it from its current amount of twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500) to an amount of twenty-five thousand euro (EUR 25,000) by the issue of twelve thousand five hundred (12,500) new shares with a par value of one euro (EUR 1) each;

2. Subscription for and full payment of the twelve thousand five hundred (12,500) new shares by the Shareholders, as subscribers, in proportion of their respective shareholding and allotment of such new shares by a conversion of the following

amounts out of the capital contribution account (compte 115 «Apport en capitaux propres non rémunéré par des titres») of the Company attached to all existing shares of the Company and their attribution to the share capital of the Company:

Subscribers	Amounts
Deutsche Annington Holdings Eins GmbH	EUR 11,862
ADUAN Grundstücks- Verwaltungsgesellschaft mbH	EUR 638

3. To amend the first paragraph of article 6 of the articles of association of the Company to reflect the above changes;

4. To change the nationality of the Company and to transfer the registered office, the central administration and the effective seat of management of the Company from the Grand Duchy of Luxembourg to the Federal Republic of Germany, in conformity with article 199 of the law of August 10, 1915 on commercial companies on the basis of the interim accounts of the Company dated 30 September 2015 (the "Interim Accounts"), subject to the extraordinary decision of the shareholders of the Company resolving upon such transfer to be passed before a German notary in accordance with German law and the registration of the Company in the German commercial register (Handelsregister);

5. In consequence of the preceding item 4 of this agenda, to approve the conversion of the Company into a Gesellschaft mit beschränkter Haftung (a private limited liability company) under German law and the change of the name of the Company to Vonovia Elbe Wannsee I GmbH, without the dissolution of the Company, nor the incorporation of a new company, neither from a legal point of view nor from a tax point of view, subject to the extraordinary decision of the shareholders of the Company resolving upon such transfer to be passed before a German notary in accordance with German law and the registration of the Company in the German commercial register (Handelsregister);

6. To fix the registered seat of the Company at Nuremberg, Germany, and the registered address of the Company at Philippstraße 3, D-44803 Bochum, Germany;

7. To acknowledge that Mr. Thomas Görgemanns and Mr. Mark Ennis shall remain managers of the Company further to its conversion into a Gesellschaft mit beschränkter Haftung under German law;

8. To confirm that all the assets and all the liabilities of the Company previously of Luxembourg nationality, without limitation, will remain in the ownership in their entirety of the Company maintained without discontinuance, which will continue to own all the assets and will continue to be obliged by all the liabilities and commitments of the Gesellschaft mit beschränkter Haftung (previously of Luxembourg nationality);

9. Miscellaneous.

Thereupon, the Shareholders passed unanimously the following resolutions:

First resolution

Prior to the capital increase, the Shareholders confirmed that the share capital of the Company is divided into twelve thousand five hundred (12,500) shares having a nominal value of one euro (EUR 1.-) each.

The Shareholders resolved to increase the Company's share capital by an amount of twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) so as to increase it from its current amount of twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) to an amount of twenty-five thousand euro (EUR 25,000.-) by the issue of twelve thousand five hundred (12,500) new shares (the "New Shares") with a par value of one euro (EUR 1.-) each, having the same rights and privileges as the existing shares and entitling to dividends as from the day of this decision.

Subscription - Payment

Thereupon, Shareholder 1, represented as stated above, acting in its capacity as subscriber, declared to subscribe to eleven thousand eight hundred and sixty-two shares (11,862) of the New Shares and to fully pay up the par value of such new shares in the aggregate amount of eleven thousand eight hundred and sixty-two euro (EUR 11,862.-).

Thereupon, Shareholder 2, represented as stated above, acting in its capacity as subscriber, declared to subscribe to six hundred thirty-eight (638) of the New Shares and to fully pay up the par value of such new shares in the aggregate amount of six hundred thirty-eight euro (EUR 638.-).

The above payments are made by the Shareholders, as subscribers, by the conversion of twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) out of the capital contribution account (compte 115 «Apport en capitaux propres non rémunéré par des titres») of the Company attached to all existing shares of the Company and their attribution to the share capital of the Company.

Proof of the inscription of the twelve thousand five hundred euro (EUR 12,500.-) for the New Shares as part of the said capital contribution account has been given to the undersigned notary.

Thereupon, the Shareholders resolved to accept the said subscriptions and the payments by the Subscribers of the aggregate nominal amount of such New Shares out of the said capital contribution account, the attribution of that aggregate amount to the share capital of the Company as well as the allotment of the New Shares to Shareholder 1 and Shareholder 2 in the above-mentioned proportion.

The twenty-five thousand (25,000) shares with a par value of one euro (EUR 1.-) each are held as follows:

1) Deutsche Annington Holdings Eins GmbH, prenamed, twenty-three thousand seven hundred twenty four (23,724) shares, and

2) ADUAN Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH, prenamed, one thousand two hundred seventy-six (1,276) shares.

Second resolution

As a result of the above-mentioned resolutions, the Shareholders resolved to amend article 6 paragraph 1 of the articles of association of the Company so as to read as follows:

" **Art. 6.** The Company's share capital is set at twenty-five thousand euro (EUR 25,000.-) represented by twenty-five thousand (25,000) shares with a par value of one euro (EUR 1-) each."

Third resolution

The Shareholders resolved to change the nationality of the Company and to transfer the registered office, the central administration and the effective seat of management of the Company from the Grand Duchy of Luxembourg to the Federal Republic of Germany, in conformity with article 199 of the law of August 10, 1915 on commercial companies on the basis of the Interim Accounts subject to the extraordinary decision of the shareholders of the Company resolving upon such transfer to be passed before a German notary in accordance with German law and the registration of the Company in the commercial register (Handelsregister) of Nuremberg (Germany).

The Interim Accounts, after having been initialled and signed "ne varietur" by the proxy holder and the undersigned notary, will be appended to the present deed for the purpose of registration to be submitted together with it to the registration authorities.

Fourth resolution

The Shareholders resolved to convert the Company into a Gesellschaft mit beschränkter Haftung (a private limited liability company) under German law and change the name of the Company to Vonovia Elbe Wannsee I GmbH, without the dissolution of the Company, nor to the incorporation of a new company, neither from a legal point of view nor from a tax point of view, subject to the extraordinary decision of the shareholders of the Company resolving upon such transfer to be passed before a German notary in accordance with German law and the registration of the Company in the commercial register (Handelsregister) of the local court of Nuremberg (Germany).

Fifth resolution

The Shareholders resolved to fix the registered seat of the Company at Nuremberg (Germany) and the registered address of the Company at Philippstraße 3, D-44803 Bochum, Germany, subject to the extraordinary decision of the shareholders of the Company to be held before a German notary as referred to under the fourth resolution and the registration of the Company in the commercial register (Handelsregister) of the local court of Nuremberg (Germany).

Sixth resolution

The Shareholders resolved to acknowledge that Mr. Thomas Görgemanns and Mr. Mark Ennis shall remain managers of the Company further to its conversion into a Gesellschaft mit beschränkter Haftung under German law.

Seventh resolution

The Shareholders resolved to confirm that all the assets and all the liabilities of the Company previously of Luxembourg nationality, without limitation, will remain in the ownership in their entirety of the Company maintained without discontinuance, which will continue to own all the assets and will continue to be obliged by all the liabilities and commitments of the Gesellschaft mit beschränkter Haftung (previously of Luxembourg nationality), subject to the extraordinary decision of the shareholders of the Company to be held before a German notary as referred to under the fourth resolution and the registration of the Company in the commercial register (Handelsregister) of the local court of Nuremberg (Germany).

Eighth resolution

The Shareholders resolved to authorise and empower any lawyer of NautaDutilh Avocats Luxembourg S.à r.l., any clerk of the undersigned notary, any lawyer of Noerr LLP and any clerk of the instrumenting German notary, each acting individually on behalf of the Company, and with full power of substitution, to perform and take any actions necessary in Luxembourg and Germany respectively with respect to the de-registration of the Company from the Luxembourg Trade and Companies Register (Registre de Commerce et des Sociétés Luxembourg) and the registration of the above transfer with the commercial register (Handelsregister) of the local court of Nuremberg (Germany).

There being no further items on the agenda, this extraordinary shareholders' decision was thereupon closed.

Estimate of costs

The costs, expenses, remuneration or charges in any form whatsoever which shall be borne by the Company are estimated at one thousand nine hundred euro (EUR 1,900).

The undersigned notary who understands and speaks English acknowledges that, at the request of the appearing parties hereto, this deed is drafted in English, followed by a German translation. At the request of the same appearing parties, in case of divergences between the English and the German version, the English version shall prevail.

Whereof, the present deed was drawn up in Luxembourg, on the day herebefore mentioned.

The document having been read to the proxyholder of the appearing persons known to the notary by the surname, name, civil status and residence, the said person signed together with us, the notary, the present original deed.

Es Folgt die Deutsche Übersetzung des Vorangehenden Textes:

Im Jahre zwei tausend und fünfzehn, am dreißigsten Tag des Monats Oktober,

Vor der unterzeichnenden Notarin Maître Léonie GRETHEN, mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg,

Es sind erscheinen:

1) Deutsche Annington Holdings Eins GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland mit Gesellschaftssitz in der Philippstraße 3, D-44803 Bochum, Bundesrepublik Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf (Bundesrepublik Deutschland) unter der Nummer HRB 56191 als Inhaber von elftausend achthundert zwei-und-sechzig (11.862) Anteilen an der Gesellschaft (wie zuvor bezeichnet) (der "Gesellschafter 1"), und

2) ADUAN Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland mit Gesellschaftssitz in der Tölzer Straße, 15, D-82031 Grünwald, Bundesrepublik Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht München (Bundesrepublik Deutschland) unter der Nummer HRB 216679 als Inhaber von sechshundert acht-und-dreißig (638) Anteilen an der Gesellschaft (wie unten bezeichnet) (der "Gesellschafter 2" und, zusammen mit dem Gesellschafter 1, die "Gesellschafter").

Die Gesellschafter werden hiermit durch Frau Meryl Herat vertreten, Juristin, mit beruflicher Anschrift in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg gemäß zweier privatschriftlichen Vollmachten. Diese Vollmachten werden, nachdem sie paraphiert und ne varietur durch die Bevollmächtigte und die Notarin gegengezeichnet wurden, zum Zwecke der Eintragung dieser Urkunde beigefügt, sodass sie zusammen mit ihr der Registrierungsbehörde vorgezeigt werden können

Die Gesellschafter, vertreten wie zuvor erwähnt, sind sämtliche Gesellschafter der CitCor Wannsee I S.à r.l. (die „Gesellschaft“), einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach luxemburgischem Recht (société à responsabilité limitée), mit einem Stammkapital in Höhe von zwölftausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-) mit Gesellschaftssitz in 19, Rue de Bitbourg, L-1273 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, und unter der Nummer B 131199 im Luxemburger Firmen- und Handelsregister (Registre de Commerce et des Sociétés) eingetragen, die infolge eines am 3. August 2007 durchgeführten notariellen Urkunde von Maître Joseph Elvinger, einem damals in Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg) ansässigen Notar, gegründet wurde. Die notarielle Gründungsurkunde der Gesellschaft wurde im Amtsblatt des Großherzogtum Luxemburg (Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations) unter der Nummer 2284 am 12. Oktober 2007 veröffentlicht. Seit der Gründung wurde die Gesellschaftssatzung nicht verändert. Die Gesellschafter erklären Folgendes und bitten die Notarin dies wie folgt zu beurkunden:

I) Die Gesellschafter halten zusammen insgesamt alle zwölftausend fünfhundert (12.500) Anteile der Gesellschaft und somit ist das gesamte Stammkapital der Gesellschaft anwesend oder vertreten;

II) Die Gesellschafter werden auf Basis der folgenden Tagesordnung die nachstehenden Beschlüsse fassen:

1. Beschluss über die Erhöhung des Gesellschaftskapitals um zwölftausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-), um es von zwölftausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-) auf einen Betrag von fünfundzwanzigtausend Euro (EUR 25.000,-) zu erhöhen durch die Ausgabe von zwölftausend fünfhundert (12.500) neuen Gesellschaftsanteilen mit einem Nennwert von je einem Euro (EUR 1,-);

2. Zeichnung und Einzahlung der zwölftausend fünfhundert (12.500) neuen Gesellschaftsanteile durch die Gesellschafter, als Übernehmer, im Verhältnis zur derzeitigen Anteilsinhaberschaft durch Umrechnung der folgenden Beträge aus der, allen existierenden Anteilen der Gesellschaft zugewiesenen, Kapitalrücklage (compte 115 „Apport en capitaux propres non rémunéré par des titres“) der Gesellschaft und Zuteilung der neuen Gesellschaftsanteile wie folgt:

Übernehmer	Anzahl
Deutsche Annington Holdings Eins GmbH	11.862
ADUAN Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH	638

3. Änderung des ersten Absatzes von Artikel 6 der Gesellschaftssatzung, um die zuvor genannten Änderungen widerzuspiegeln;

4. Änderung der Nationalität der Gesellschaft, der Transfer des Gesellschaftssitzes, der Hauptverwaltung sowie des tatsächlichen Sitzes der Geschäftsführung der Gesellschaft vom Großherzogtum Luxemburg in die Bundesrepublik Deutschland im Einklang mit Artikel 199 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, basierend auf den Zwischenkonten der Gesellschaft vom 30. September 2015 (die „Zwischenkonten“) und vorbehaltlich eines vor einem deutschen Notar gefassten Beschlusses der Gesellschafter der Gesellschaft nach deutschem Recht über diesen Transfer und der Eintragung der Gesellschaft in das deutsche Handelsregister;

5. Als Schlussfolgerung aus dem vorangegangenen Punkt 4, Zustimmung zur Umwandlung der Gesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht und der Namensänderung in Vonovia Elbe Wannsee I GmbH ohne Auflösung der Gesellschaft beziehungsweise ohne Gründung einer neuen Gesellschaft, weder in rechtlicher noch steuerlicher Hinsicht und vorbehaltlich eines vor einem deutschen Notar gefassten Beschlusses der Gesellschafter der

Gesellschaft nach deutschem Recht über diesen Transfer und die Eintragung der Gesellschaft in das deutsche Handelsregister;

6. Festlegung des Gesellschaftssitzes auf Nürnberg, Bundesrepublik Deutschland, und der Geschäftsadresse auf Philippstraße 3, D-44803 Bochum, Bundesrepublik Deutschland;

7. Bestätigung der Bestellung von Herrn Thomas Görgemanns und Herrn Mark Ennis als Geschäftsführer der Gesellschaft nach ihrer Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht;

8. Bestätigung des Verbleibs aller Aktiva und Passiva (ohne Beschränkung und vollumfänglich) der ehemals luxemburgischen Gesellschaft bei der ununterbrochen bestehenden Gesellschaft, die weiterhin Inhaberin aller Aktiva sein wird und durch die bereits eingegangenen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der ehemals luxemburgischen Gesellschaft ebenso verpflichtet und gebunden ist;

8. Verschiedenes.

Die Gesellschafter erbittet die unterzeichnende Notarin sodann, die folgenden Beschlüsse zu dokumentieren, die einstimmig gefasst wurden:

Erster Beschluss

Vor der Erhöhung des Gesellschaftskapital, haben die Gesellschafter bestätigt, dass das Gesellschaftskapital in zwölf-tausend fünfhundert (12.500) Gesellschaftsanteilen mit einem Nennwert von je einem Euro (EUR 1,-) unterteilt ist.

Die Gesellschafter haben entschieden, das Gesellschaftskapital um zwölf-tausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-) von zwölf-tausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-) auf einen Betrag von fünfundzwanzig-tausend Euro (EUR 25.000,-) zu erhöhen durch die Ausgabe von zwölf-tausend fünfhundert (12.500) neuen Gesellschaftsanteilen (die "Neuen Gesellschaftsanteile") mit einem Nennwert von je einem Euro (EUR 1,-), mit denselben Rechten und Vorteilen wie die existierenden Gesellschaftsanteile; die Neuen Geschäftsanteile sind ab den Tag dieses Beschlusses gewinnberechtigt.

Unterzeichnung - Einzahlung

Der Gesellschafter 1, vertreten wie oben beschrieben, erklärte hiernach, elf-tausend acht-hundert zwei-und-sechzig (11.862) Neue Gesellschaftsanteile zu übernehmen und den entsprechenden Nennbetrag der Anteile in der Höhe von elf-tausend acht-hundert zwei-und-sechzig Euro (EUR 11.862,-) einzuzahlen.

Der Gesellschafter 2, vertreten wie oben beschrieben, erklärte hiernach, sechshundert acht-und-dreißig (638) Neue Gesellschaftsanteile zu übernehmen und den entsprechenden Nennbetrag der Anteile in der Höhe von sechshundert acht-und-dreißig Euro (EUR 638,-) einzuzahlen.

Die obigen Einzahlungen, zwölf-tausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-), sind aus der, allen existierenden Anteilen der Gesellschaft zugewiesenen, Kapitalrücklage (compte 115 „Apport en capitaux propres non rémunéré par des titres“) der Gesellschaft geleistet.

Der Nachweis für die Eintragung von zwölf-tausend fünfhundert Euro (EUR 12.500,-) für die Neuen Gesellschaftsanteile als Teil der Kapitalrücklage wurde der unterzeichnenden Notarin übergeben.

Hiernach akzeptieren die Gesellschafter die Übernahme und die Einzahlungen von den Übernehmern für den Gesamtbetrag dieser Neuen Gesellschaftsanteile aus der Kapitalrücklage, die Zurechnung dieses Gesamtbetrages zu dem Gesellschaftskapital sowie die Zuteilung der Neuen Gesellschaftsanteile zu dem Gesellschafter 1 und dem Gesellschafter 2 im oben beschriebenen Verhältnis.

Die fünfundzwanzig-tausend (25.000) Gesellschaftsanteile, mit einem Nennwert von je einem Euro (EUR 1,-), werden wie folgt gehalten:

1) Deutsche Annington Holdings Eins GmbH, vorgeannt, dreinundzwanzig-tausend sieben-hundert vier-und-zwanzig (23.724) Gesellschaftsanteile, und

2) ADUAN Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH, vorgeannt, eintausend zwei-hundert sechs-und-siebzig (1.276) Gesellschaftsanteile.

Zweiter Beschluss

Die Gesellschafter beschließen, Artikel 6 der Gesellschaftssatzung zu ändern, um die zuvor genannten Änderungen widerzuspiegeln:

« **Art. 6.** Das Kapital wird auf fünf-und-zwanzig-tausend Euro (EUR 25.000,-) festgesetzt, unterteilt in fünf-und-zwanzig-tausend (25.000) Geschäftsanteile zu je ein Euro (EUR 1,-).»

Dritter Beschluss

Die Gesellschafter beschließen die Nationalität der Gesellschaft zu ändern und den Gesellschaftssitz, die Hauptverwaltung sowie den tatsächlichen Sitz der Geschäftsführung der Gesellschaft vom Großherzogtum Luxemburg in die Bundesrepublik Deutschland zu verlegen im Einklang mit Artikel 199 des luxemburgischen Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, basierend auf den Zwischenkonten und vorbehaltlich eines vor einem deutschen Notar gefassten außerordentlichen Beschlusses der Gesellschafter der Gesellschaft nach deutschem Recht über diese Verlegung und der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichtes Nürnberg (Deutschland).

Diese Zwischenkonten, nachdem sie paraphiert und ne varietur durch die Bevollmächtigte und die Notarin gegengezeichnet wurden, zum Zwecke der Eintragung dieser Urkunde beigefügt, sodass sie zusammen mit ihr der Registrierungsbehörde vorgezeigt werden können.

Vierter Beschluss

Die Gesellschafter beschließen, die Umwandlung der Gesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht und der Namensänderung in Vonvovia Elbe Wannsee I GmbH ohne Auflösung der Gesellschaft beziehungsweise ohne Gründung einer neuen Gesellschaft, weder in rechtlicher noch steuerlicher Hinsicht, zuzustimmen - vorbehaltlich eines vor einem deutschen Notar gefassten Beschlusses der Gesellschafter der Gesellschaft nach deutschem Recht über diese Umwandlung und der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichtes Nürnberg (Deutschland).

Fünfter Beschluss

Die Gesellschafter beschließen, den Gesellschaftssitz auf Nürnberg (Deutschland) und die Geschäftsadresse auf Philippstraße 3, D-44803 Bochum, Bundesrepublik Deutschland, festzulegen, vorbehaltlich eines vor einem deutschen Notar gefassten Beschlusses der Gesellschafter der Gesellschaft nach deutschem Recht über die Umwandlung der Gesellschaft entsprechend des Vierten Beschlusses und der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichtes Nürnberg (Deutschland).

Sechster Beschluss

Die Gesellschafter beschließen, Herrn Thomas Görgemanns und Herrn Mark Ennis als Geschäftsführer der Gesellschaft nach ihrer Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach deutschem Recht zu bestellen.

Siebter Beschluss

Die Gesellschafter beschließen, den Verbleib aller Aktiva und Passiva (ohne Beschränkung und vollumfänglich) der ehemals luxemburgischen Gesellschaft bei der ununterbrochen bestehenden Gesellschaft, die weiterhin Inhaberin aller Aktiva sein wird und durch die bereits eingegangenen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten der ehemals luxemburgischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ebenso verpflichtet und gebunden ist, vorbehaltlich eines vor einem deutschen Notar gefassten Beschlusses der Gesellschafter der Gesellschaft nach deutschem Recht über diese Verlegung entsprechend des Vierten Beschlusses und der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister des Amtsgerichtes Nürnberg (Deutschland), zu bestätigen.

Achter Beschluss

Die Gesellschafter beschließen, einen jeden Rechtsanwalt von NautaDutilh Avocats Luxembourg S.à r.l., jeden Angestellten der unterzeichnenden Notarin, jeden Rechtsanwalt von Noerr LLP und jeden Angestellten des beurkundenden deutschen Notars, zu beauftragen und zu bevollmächtigen, jeder einzeln und mit der Vollmacht, Untervollmachten zu erteilen, im Namen der Gesellschaft handelnd, sämtliche in Deutschland bzw. im Großherzogtum Luxemburg notwendigen Handlungen und Formalitäten durchzuführen betreffend die Löschung aus dem Luxemburger Handelsregister (Registre de Commerce et des Sociétés) und der entsprechenden Veröffentlichung im Luxemburger Handelsblatt (Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations) sowie hinsichtlich der Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichtes Nürnberg (Deutschland) und deren jeweilige Veröffentlichung zu vollziehen und durchzuführen.

Da über keine weiteren Punkte der Tagesordnung zu entscheiden ist, wird die Gesellschafterversammlung geschlossen.

Ausgaben

Die Höhe der Auslagen, Kosten, Aufwendungen und Lasten jeglicher Art, die der Gesellschaft aufgrund dieser Urkunde entstehen, werden auf ungefähr eintausendneunhundert Euro (EUR 1.900.-) geschätzt.

Die amtierende Notarin, die Englisch versteht und spricht, hält hiermit fest, dass auf Anfrage der erschienenen Parteien diese Urkunde in Englisch, gefolgt von einer deutschen Übersetzung, verfasst wurde. Auf Antrag selbiger Parteien soll im Falle von Abweichungen zwischen dem englischen und dem deutschen Text die englische Version Vorrang haben.

Woraufhin vorliegende, Urkunde am eingangs erwähnten Datum, von der unterzeichnenden Notarin in Luxemburg aufgenommen wurde.

Nach Vorlesung und Erläuterung der Urkunde gegenüber der erschienenen Bevollmächtigten, die der Notarin mit Namen und vom Sitz her bekannt ist, hat diese zusammen mit der beurkundenden Notarin gegenwärtige Urkunde unterzeichnet.

Signé: Herat, GRETHEN.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 1, le 03 novembre 2015. Relation: 1LAC/2015/34836. Reçu soixante-quinze euros (75,00 €).

Le Receveur (signé): Paul MOLLING.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial C.

Luxembourg, le 10. November 2015.

Référence de publication: 2015183631/316.

(150204093) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 novembre 2015.

First Real Estates Service S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1450 Luxembourg, 53A, Côte d'Eich.

R.C.S. Luxembourg B 142.460.

Les comptes annuels au 31 décembre 2014 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Certifié sincère et conforme

Pour *FIRST REAL ESTATES SERVICE S.à.r.l.*

Fideco S.A.

Référence de publication: 2015193438/2.

(150216488) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.

Avant S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 25A, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 192.906.

Les statuts coordonnés de la société ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 novembre 2015.

Référence de publication: 2015187476/10.

(150209472) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 novembre 2015.

Atterbury S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1273 Luxembourg, 19, rue de Bitbourg.

R.C.S. Luxembourg B 122.782.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 19 novembre 2015.

Référence de publication: 2015187474/10.

(150210209) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 novembre 2015.

Atconsulting S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1536 Luxembourg, 3-5, rue du Fossé.

R.C.S. Luxembourg B 145.722.

Les statuts coordonnés de la société ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 novembre 2015.

Référence de publication: 2015187513/10.

(150209349) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 novembre 2015.

Bluecalor, Société Anonyme.

Siège social: L-3562 Dudelange, 21, rue Schiller.

R.C.S. Luxembourg B 168.639.

Les statuts coordonnés suivant l'acte n° 1476 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015187533/9.

(150210153) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 novembre 2015.
